

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 227 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 12/2013 VOM 10. DEZEMBER 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Ein Monster-Ortsteil  
in Eberswalde**  
Ortsvorsteherin für 16.000 Einwohner

8/9 | **Kontroverse zur  
industriellen Landwirtschaft**  
Realitäten und Wunschdenken

14 | **»... ein Glück, wenn  
jetzt Blut fließt ...«**  
Der Weg in die Katastrophe (III)

## Waldschutz auf barnimsch

von Johannes Madeja

**Im November sind in der Presse auffallend viele Beiträge zur Forstwirtschaft und zum Holzeinschlag erschienen (z.B. MOZ vom 6., 11. und 13. November). In allen diesen Beiträgen wird uns versichert, wie sorgsam und vernünftig und natürlich nachhaltig (dieses Modewort darf nicht fehlen!) wir, d.h. unsere Förster und Waldbesitzer mit dem Wald umgehen. Wer selten in den Wald geht und das auf seinem Sofa liest, der glaubt das sogar – ich kenne einige! Es gibt im Land Brandenburg eine eigens für den Waldschutz zuständige Abteilung, ein Kompetenzzentrum. Standort – Sie wußten es – ist Eberswalde. Hier weiß man also, wie man mit dem Wald umgehen muß und wie man ihn vor allerlei Gefahren schützen kann.**

Da geht es nicht nur um das, was wir Laien Wald nennen, also die Bäume und das Unterholz. Es geht auch um den Waldboden. Ich habe jetzt einen wissenschaftlichen Aufsatz gelesen, der schon aus dem Jahr 2011 stammt und der sich mit dem vorsorgenden Bodenschutz beim Einsatz von Holzernetechnik beschäftigt (Martin Grill, *Den Waldboden schonen ...*, Eberswalder Forstliche Schriftenreihe 47, 37-44). Ein guter Freund sagte mir: »der ist interessant!« Das ist er! Er ist auch lehrreich, jedenfalls für einen Waldläiener wie mich. Ich habe eine Menge gelernt.

Es gab Anlaß für mein Interesse. Es war der Kahlschlag am Oder-Havel-Kanal nahe der Stadtgrenze, gerade schon Finowfurt, im Wonnemonat Mai 2013. Ich habe den Zustand des Waldes gesehen – vor und nach dem Kahlschlag – und das hat mich mit Sorge erfüllt.

Zunächst habe ich mich beim zuständigen Förster erkundigt, ob das alles so rechtens ist. Ich war nicht wenig überrascht, daß der von dem Kahlschlag gar nichts wußte. Dann hat er mir gesagt, daß ich das gar nicht so ohne weiteres beurteilen kann, ob es sich wirklich um einen Kahlschlag handelt, ich wäre ja kein Forstmann! Aber er ist bereit (!), sein Revier wäre doch sehr groß, sich die Sache anzusehen.

Er war dann da und sagte: Es war wohl nicht rechtens, was da passiert ist. Es kamen dann noch viele, auch die Oberförsterin war da!

Inzwischen wissen wir – dazu waren zwei Gutachten erforderlich und es hat ein halbes Jahr gedauert – es handelt sich wirklich um einen Kahlschlag und es ist fast nichts mehr da, was nun nachwachsen könnte. Der Waldboden wurde nicht geschont. Es sieht – auch nach einem halben Jahr feuchter Sommer – immer noch aus wie nach einer Panzerschlacht.

Und das habe ich gelernt: Herr Grill und seine zweifellos klugen Hinweise – das ist die Theorie! Illegale, nicht genehmigte Fällungen und Rodungen (leider nicht die Ausnahme!) – das ist die Praxis!

Für den Zustand des Waldbodens hat sich niemand interessiert. Nicht auf dem Flugplatz, nicht vor dem Verpackungsmittelwerk Thimm, nicht am ehemaligen Walzwerk Finow und natürlich auch nicht am Kanal in Finowfurt. Und daß die Fällungen zur besten Brutzeit erfolgten, das hat nicht einmal die Naturschutzbehörde interessiert. Sie ist im Wald nicht zuständig – wie praktisch!

Zwischen Theorie und Praxis, da stehen ganze Welten. Das ist kein Wunder! Obwohl jeder forstliche Laie auf den ersten Blick erkennen konnte, daß in allen genannten Fällen das Waldgesetz nicht nur verletzt, sondern gebrochen wurde, brauchen die »Verantwortlichen« (so nennen sie sich gern) jetzt viel Zeit, um die Gesetzesverletzung festzustellen und angemessen zu bestrafen.

In fast allen Fällen wurde die zuständige Forstbehörde erst nach Anzeige durch Bürger oder Bürgerinitiativen überhaupt tätig. Diese Behör-



de ist »dank« Landespolitik inzwischen so schwach besetzt, daß sie gar nicht mehr weiß, was in »ihren« Wäldern so alles passiert. Neben planmäßiger Arbeit, die es sicher gibt, dominieren offenbar sog. »Feuerwehreinsätze«. Anspruch und Wirklichkeit – man kann die Schere kaum weiter aufmachen! Vorsorgen, Vorbeugen – das ist Theorie! Wir haben keine Leute, kein Geld! Wenn der Schaden eingetreten ist, dann wird therapiert. Bei einem Kahlschlag (natürlich verboten!) sieht das so aus:

Erst einmal ein paar Begehungen, betroffene Gesichter, Photos, Berichte, Dokumentation, ein oder mehrere Gutachten und schon geht es los: Vorbereitung einer Anzeige, dazu intensive Beratungen, dann die Anzeige selbst, dann Einbeziehung anderer Behörden, z.B. der unteren Naturschutzbehörde, die natürlich erst einmal prüft, ob sie überhaupt zuständig ist. Und dann geht es endgültig zur Sache! Das heißt hier: Anhörungsverfahren! Natürlich wird der Waldschädiger bestreiten, daß er den Wald geschädigt hat. Und er meint, daß von Kahlschlag natürlich keine Rede sein kann! Alle zehn Meter ist doch ein Baum stehen geblieben! Außerdem wollte man ja nur »Luft« schaffen, um dem Neuaufwuchs eine Chance zu geben! Dazu gibt es dann – was denn sonst? – ein Gegengutachten. Die Bearbeitung erledigt natürlich ein Fachanwalt vorzugsweise aus einer einschlägig renommierten Kanzlei, Stundensatz 300 Euro, es darf auch ein bißchen mehr sein!

So langsam bekommt die Behörde, die ja durchaus im Recht ist, kalte Füße, denn nun muß sie ihrerseits einen, natürlich auch teuren, Anwalt einschalten, um nicht vor Gericht unterzugehen und dann kommt es zu dem Gerichtsverfahren. Das wird dann frühestens im Jahr 2014 sein!

Fortsetzung auf Seite 2

## Bart und Bonzen

Es gibt Oassis, die es inzwischen geschafft haben, auf bestimmte, manchmal noch gar nicht gestellte Fragen so zu antworten, daß entweder ein »widerständiges« Erklärchen oder eine Entschuldigung beigelegt wird. Ähnlich dem, was wir seinerzeit das »demokratische Schwänzchen« nannten. Es gab, wir wollen nichts nostalgisch verklären, Lehrer, die größten Wert darauf legten, daß z.B. die Interpretation eines Frühlingsgedichts aus der Goethezeit ein paar plump aktualisierende Sätze enthielt. Die blühenden Zweige als Sinnbild unseres sozialistischen Gemeinwesens, der sie bedrohende Frost als Gleichnis für die Bonner Ultras. Und – natürlich – wäre das Kind heutzutage, also damals in der DDR, nie und nimmer in den Armen des Vaters verstorben, weil das sozialistische Gesundheitssystem dem Erbkönig gehörig Paroli geboten hätte. Schülern, die dergleichen herausgefunden hatten, war die Inhaltsnote 1 im Aufsatz sicher. Immerhin wurden diese Dummheiten nach und nach überwunden.

Was man von den gegenwärtigen Erscheinungen ähnlichen Typs leider nicht behaupten kann.

Im »Riverboat«, der Quasselrunde des MDR, saßen unlängst neben einem singenden Kindergärtner auch die sächsischen Ulknudeln Bernd-Lutz Lange und Tom Pauls. Im Gegensatz zu »Komikern« wie Atze Schröder, oder (pfui Deibel) Mario Barth, haben die zwei Sachsen Witz, wissen Klamauk und Humor zu unterscheiden und machen sich freundlich-ironisch um die Pflege und Förderung der immer wieder belächelten Heimatsprache verdient. Inmitten des Dialogs mit dem Moderator hielten es beide allerdings für nötig, keiner hatte sie danach gefragt, ihr Verbleiben in der DDR zu erläutern in Form einer milden Selbstbeziehung. Der Freunde wegen, wegen des Gefühls, gebraucht zu werden, wegen der Heimatverbundenheit. Wir wären ja gern, aber... Könnt ihr uns das nachsehen, liebe Wessis? Sich selbst in eine Art Rechenschaftspflicht zu nehmen – das hätte ich weder Pauls noch Lange zugetraut.

Auch Wolfgang Thierse war zugegen. »Ossi-Bär« Thierse, das selbsternannte »Gewissen des Ostens«. Er wohnt noch immer auf dem Prenzelberg, erinnert sich nicht ungerne seiner Funktion als Parlamentsvorsteher und wurde u.a. nach seiner Bartracht befragt. Nun hätte er ja antworten können, k ö n n e n , er habe sich den Bart wegen einer Hautflechte oder zur Verschönerung seiner Profilansicht wuchern lassen oder auf Wunsch einer einzelnen Dame. Dies alles nicht. »Aus schierer Faulheit, mich zu rasieren«, sagte er. Durchaus nachvollziehbar, aber Thierse schob das unglaubliche Motiv nach, er habe sich so, also bärtig, vom »Aussehen der SED-Funktionäre« unterscheiden wollen. Speziell wahrscheinlich von dem allerobersten aller Parteikader, vom Genossen Walter Ulbricht.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Fortsetzung von Seite 1

## Waldschutz auf barnimsch

Und was passiert vor Gericht? Sie ahnen es! Ich wage folgende Prognose: Weil sich die Richter zwischen den diversen Gutachten der beiden Parteien nicht durchfinden, lassen sie – was denn sonst? – ein weiteres Gutachten anfertigen. Natürlich dauert so ein Verfahren! Und es kostet! Aber irgendwann wird es abgeschlossen. Wenn sie glauben, daß es ein Urteil gibt, dann geben Sie zu, daß Sie nicht allzuviel Erfahrung haben.

Die Richter an unseren Gerichten entscheiden ungern und selten, zumal sie ja meist von der Sache nichts verstehen. Deshalb schlagen sie einen Vergleich vor – und wehe dem, der diesen Vergleich nicht annimmt! Dem wird schon mal mit einem für ihn ungünstigen Urteil gedroht. Nein! Nicht gedroht, so etwas macht ein deutscher Richter nicht! Er hält ein solches Urteil, das er ja selbst spricht, lediglich für möglich, und das sagt er ganz ganz deutlich! Trotzdem: Es gibt »Aufmüßige« (auch Behörden können das sein!), die partout ein Urteil haben wollen. Das bekommen sie dann auch – irgendwann! Vielleicht ist es sogar unterschrieben und wird rechtskräftig.

Entweder ist die unterlegene Partei einverstanden und nimmt das Urteil an oder nicht. Wenn nicht, dann folgt das Berufungsverfahren in der nächst höheren Instanz – und das neue Verfahren dauert noch länger.

Aber wir leben ja in einem Rechtsstaat! Da ist so etwas ganz normal! Deshalb laufen parallel auch noch weitere Verfahren – schließlich will jede Behörde ihre Existenzberechtigung nachweisen. Es gibt deshalb ein Ordnungswidrigkeitsverfahren (Ordnungsamt!) und viel-

leicht sogar ein naturschutzrechtliches Verfahren (Naturschutzbehörde!), beide mit Anhörungen auf der Tippel-Tappel-Tour!

Inzwischen ist das widerrechtlich geschlagene Holz längst verkauft und von dem Erlös lassen es sich die Anwälte gut gehen. Es spielt keine Rolle, was das kostet. Die Behörde und ihre Anwälte bezahlt ja der Steuerzahler und der Kahlschlagunternehmer hat mittlerweile anderswo Holz geerntet und gut verkauft, ohne daß es die Forstbehörde gemerkt hat. Das funktioniert so lange, bis es keinen Wald mehr gibt, den man ernten kann!

In dem Gebüsch, das es dann nur noch gibt, fühlen sich Vögel, Fuchs und Hase, die Rehe und die Wildschweine sauwohl, denn da ist für die nächsten 50 Jahre Ruhe. So gesehen kann man allem eine gute Seite abgewinnen!

Also weiter so, immer in die falsche Richtung! Den Bürgern erzählen wir schöne Geschichten vom Waldschutz, von Nachhaltigkeit und vom Waldumbau und lassen die Schüler der Montessori-Schule (MOZ, 13.11.2013) Traubeneichen pflanzen. Wenn dann die Kinder auch die Jungwuchspflege und Waldkontrolle in Eigeninitiative übernehmen, können wir die Reviere noch größer machen und die Förster schicken wir in die Schulen, um Waldschutz zu unterrichten. Vielleicht gelingt es uns so, die Waldfrevler nachhaltig (ich liebe dieses schöne Wort!) zu dezimieren. Unsere Enkel werden dann den Wald wieder wachsen lassen – zu ernten gibt es ja nichts mehr!

Vielleicht habe ich jetzt übertrieben, aber manchmal muß man auch übertreiben, um den Ernst einer Situation deutlich zu machen!

## »Nicht vergessen!«

Gedenken und Lesung am 23. Todestag von Amadeu Antonio

**Eberswalde (bbp).** »VERGESSEN, griechisch: Amnesie, ist Nicht-Gedenken. Erinnern als eine Stärkung im Kampf gegen diskriminierende Gewalt, ist wohl die beste Art, die zu ehren, die wegen Rassismus nicht mehr unter uns sind.«

Mit diesen Worten hatten Augustojone Munjunga vom Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V. und Dieter Gadischke von der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« gemeinsam mit zahlreichen anderen Initiativen zum alljährlichen Gedenken am 6. Dezember eingeladen.

Rund 50 Menschen kamen zur Gedenktafel in der Eberswalder Straße, dem Ort, wo Amadeu Antonio vor 23 Jahren totgeprügelt wurde. Ein Teil von ihnen zog weiter in die Räume des Afrikanischen Kulturvereins in der Coppistraße. Dort waren nicht nur Begegnungen bei Essen und Trinken angesagt, sondern auch eine Lesung mit ManuEla Ritz »Die Farbe meiner Haut. Die Anti-Diskriminierungs-Trainerin

erzählt«. Die Lesung von dem Cellisten Sonny Thet musikalisch begleitet.

»Gegen das Vergessen – für eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft aller Menschen«, wollen Munjunga und seine Freunde eintreten. »Offener und alltäglicher Rassismus, seine Leugnung und Bagatelisierung verwirren und verletzen weiterhin zahlreiche Menschen. Wir wollen die Aufgabe, das immer noch tödliche Phänomen Rassismus zu thematisieren und zu seiner Überwindung beizutragen, NICHT VERGESSEN.«



## Ein Monster-Ortsteil in Eberswalde

Eine Ortsvorsteherin für 16.000 Einwohner

**Am 12. Dezember entscheiden die Stadtverordneten über eine Neuordnung der Ortsteile der Stadt Eberswalde. Einen entsprechenden Vorschlag zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde hat die Stadtverwaltung vorgelegt.**

Im wesentlichen geht es um den Übergang des Leibnizviertels und des Bereichs Schleusenstraße zum Ortsteil »Eberswalde 1«. Bislang gehörte dieses Gebiet zwischen dem Finowkanal und der Bahn nach Bad Freienwalde gemeinsam mit Nordend und Westend zum Ortsteil »Eberswalde 2«.

Während vom ebenfalls zu beschließenden Wechsel von Kahlenberg vom Ortsteil Sommerfelde nach »Eberswalde 2« nur wenige Einwohner betroffen sind, wechseln mit dem Gebiet Leibnizviertel/Schleusenstraße fast 4.000 Einwohner den Ortsteil.

### Ein Drittel der Eberswalder

Mit Stand vom 30. September 2013 hatte »Eberswalde 1« 12.095 Einwohner. Künftig wird die Ortsvorsteherin dann für rund 16.000 Einwohner zuständig. Damit entsteht ein Monster-Ortsteil, in dem mehr als ein Drittel aller Eberswalder wohnen.

Das war keinesfalls die Intention der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AFW), als sie im Juni 2013 vorschlug, die Gebiete für die statistischen Bestandserhebungen und -bewertungen (Stadtbezirke) an die Grenzen der Ortsteile anzupassen (BBP 10/2013).

Das statistische Kuddelmuddel war in den Arbeitsebenen der Stadtverwaltung als Problem erkannt worden. Mit ihrem Vorstoß rannete die Fraktion insofern offene Türen ein. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe widmete sich dem Problem. Allerdings hielt die Verwaltungsspitze ein weiteres Mitreden der Stadtverordneten und der Ortsteilvertretungen fortan für unnötig. Und auch die Mehrheit der Stadtverordneten folgte nicht dem entsprechenden Ansinnen der Fraktion.

Aber die Stadtverordneten der Linken/Allianz freier Wähler wollten und wollen mitreden und – da nun ohnehin Änderungen der Hauptsatzung vorgesehen sind – nicht nur die akuten Mißstände beseitigen, sondern eine grundsätzliche Diskussion zur Neugliederung der Ortsteile und zur Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen in Gang setzen.

Daher brachten sie für die Novemberversitzung der Stadtverordneten – noch rechtzeitig vor der im Dezember geplanten Behandlung der Hauptsatzungsänderungen – ihre Vorschläge für die Neuordnung der Ortsteile und für die Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen als Beschlussvorlagen ein (BBP 11/2013).

Die »Neuordnung der Ortsteile in der Stadt Eberswalde« entsprechend der aktuell bestehenden Grenzen der statistischen Stadtbezirke (Finow, Clara-Zetkin-Siedlung, Brandenburgischen Viertel/Finowtal, Westend, Nordend, Stadtmitte, Ostend, Sommerfelde, Tornow und Specht-

hausen) fiel in namentlicher Abstimmung durch. Nur die drei Mitglieder der DL/AFW-Fraktion stimmten mit Ja. Aber immerhin votierten fünf Stadtverordnete mit Enthaltung (Prof. J. Creutziger und A. Fennert von den Grünen, die LINKE Dr. I. Pischel, M. Schostan – CDU, A. Triller – Bü. f. demokr. Eberswalde).

### Mehr Demokratie wagen

Etwas mehr Erfolg hatte der Beschlussvorschlag zur »Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen in den Ortsteilen der Stadt Eberswalde«. Hier meinte Hardy Lux von der SPD-Fraktion, daß sich in der Vorlage »interessante Ideen« finden würden, über die im Hauptauschuss detaillierter diskutiert werden sollte. Conrad Morgenroth (FDP/Bürgerfraktion Barnim) ergänzte, daß die Vorlage auch in den Finanzausschuss gehöre, weil die vorgeschlagenen Ortsteilbudgets Auswirkungen auf den Haushalt hätten. Die Einreicherfraktion war damit einverstanden.

Gegenargumente kamen von Wolfgang Sachse (DIE LINKE, Ortsvorsteher »Eberswalde 2«), der sich für den Erhalt des Status quo aussprach und Dr. Hans Mai (fraktionsloser Stadtverordneter), der mit Verweis auf die in einem halben Jahr stattfindende Kommunalwahl eine Verschiebung des Problems in die neue Wahlperiode für angebracht hielt. Ihm widersprach der ebenfalls fraktionslose Stadtverordnete Ingo Naumann. Die Stadtverordnetenversammlung könne wegen der bevorstehenden Wahl nicht schon jetzt die Arbeit einstellen. Er unterstützte die Argumentation von Hardy Lux. Die Mehrheit der Stadtverordneten folgte dem und überwies die Vorlage in den Haupt- und in den Finanzausschuss.

### »Das ist ein Wahlkampfthema«

An der aktuellen Verwaltungsvorlage zur Änderung der Ortsteilgrenzen und der Etablierung eines neuen Monster-Ortsteils ändert sich damit allerdings nichts. Den Hauptauschuss durchlief sie bereits mit mehrheitlicher Zustimmung. Es ist damit zu rechnen, daß ihr auch in der Stadtverordnetenversammlung am 12. Dezember eine Mehrheit zustimmt.

Es ist schade, daß die Chancen einer Anpassung der Ortsteile an die Bedürfnisse der Eberswalderinnen und Eberswalder nicht genutzt werden. Aber mit der weiteren Diskussion zur Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen sind die Eberswalder Volksvertreter schon mal auf dem Weg. Zumal Bürgermeister Friedhelm Boginski angeregt hat, das Problem der Neuordnung der Ortsteile zum Wahlkampfthema zu machen.

GERD MARKMANN

## Bürgermeisterabwahl

**Bernau (bbp).** Rund zwei Monate Zeit haben die Initiatoren des Abwahlbegehrens gegen den Bernauer Bürgermeister Hubert Handke (CDU), um die nötige Zahl von Unterschriften zu sammeln. Ihr selbstgestecktes Ziel, einschließlich eines »Puffers« für eventuell ungültige Stimmen, 8.000 Unterschriften vorzulegen, hatte die Initiative schon kurz nach der Halbzeit am 4. Dezember fast erreicht. An diesem Tag lagen 7.922 Unterschriften vor.

Anlaß des Abwahlbegehrens war – ähnlich wie 1995 in Eberswalde – die Wasser- und Abwasserpolitik des Stadtoberhauptes.

Die Dienstags-Demos machen nach der »Weihnachtsdemo« vom 3. Dezember erstmal eine Pause. Die nächste Demo findet im neuen Jahr am 7. Januar 2014, wie immer um 17 Uhr auf dem Bernauer Marktplatz statt.

## Umweltfreundlich

**Eberswalde (prest-ew).** Auch im kommenden Jahr wird Eberswalde mit umweltfreundlich erzeugtem Strom und Gas versorgt. Baudezernentin Anne Fellner verwies darauf, daß die Stadt in diesem Jahr zum zweiten Mal die Lieferung von Strom und Gas europaweit ausgeschrieben hatte. »Wir haben uns mit dem Energie- und Klimakonzept verpflichtet, einen Beitrag zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Verbrauches zu leisten. Diesen Weg verfolgen wir konsequent.«

Eberswalde gehört mit seinen Kitas, den Feuerwehren, dem Familiengarten und anderen Gebäuden zu den Großabnehmern von Energie, benötigt allein für die Heizung etwa fünf Millionen Kilowattstunden Gas im Jahr. Dazu kommen für Straßenbeleuchtung und Stromverbrauch in den städtischen Einrichtungen noch drei Millionen Kilowattstunden Strom.

Den Zuschlag für die Stromversorgung der Stadt hat die Lichtblick SE in Hamburg erhalten. Dabei ist mit jährlichen Kosten von ca. 800.000 Euro zu rechnen. Die Ausschreibung hierfür hatte entsprechend des Beschlusses der Stadtverordneten für die Jahre 2014-2015 einhundert Prozent »Geprüften Ökostrom« gefordert. In der Ausschreibung für die Lieferung von Gas wurde ein Biogasanteil von mindestens 10 % gefordert, der mindestens zu 50 % aus Reststoffen statt aus agrarindustrieller Biogasproduktion kommen sollte. Den Zuschlag erhielt die EWE. Die jährlichen Kosten betragen ca. 260.000 Euro, wobei sich der Arbeitspreis für die Gaslieferung verringert. Zum Arbeitspreis müssen allerdings Steuern und Abgaben sowie die Netznutzungsentgelte hinzugerechnet werden. Diese machen bei der Lieferung von Strom ca. 75 % des Bruttopreises aus und sind in den letzten Jahren um 15% gestiegen. Damit werden die Ersparnisse hinfällig, die durch die günstigen Arbeitspreise erzielt werden konnten.

»Einen Gewinner gibt es dennoch: Unsere Umwelt!«, zeigte sich Anne Fellner optimistisch.

## Mißbrauch

**Eberswalde (bbp).** Zur Einwohnerfragestunde der November-Stadtverordnetenversammlung meldete sich ein gewisser Dr. Jörg Schröder zu Wort. Er interessierte sich für das Thema Asylbewerber im Brandenburgischen Viertel. Wie viele Asylbewerber bisher untergebracht werden konnten, ob weitere erwartet werden und schließlich, ob es Möglichkeiten gebe, »wenn weitere Asylbewerber in Eberswalde untergebracht werden sollen, dies abzulehnen«. Bürgermeister Friedhelm Boginski informierte, daß in letzter Zeit 35 Asylbewerber in Eberswalde untergebracht wurden. Er machte deutlich, daß es »nicht den Intentionen der Stadt Eberswalde entspricht, die Unterbringung von Asylbewerbern abzulehnen. Wir laden vielmehr alle dazu ein, die Willkommens- und Teilhabekultur in Eberswalde weiterzuentwickeln.« Die Stadtverordneten bekundeten durch Klopfen ihre Zustimmung.

Zur Einwohnerfragestunde sind nur Eberswalder Bürgerinnen und Bürger zugelassen. Dr. Schröder nannte als Anschrift die Coppistraße 1e. Wie sich herausstellte, handelt es sich dabei um ein Bürogebäude, in dem niemand wohnen kann. Dort betreibt Dr. Schröder eine Unternehmensberatung oder ähnliches. Seinen Wohnsitz hat er jedenfalls nicht in Eberswalde. Nur durch Vorspiegelung falscher Tatsachen erschlich er sich das Wort in der Einwohnerfragestunde. In Staatsschutzkreisen ist Schröder im übrigen als Aktivist der neofaschistischen NPD bekannt.

Bürgermeister Boginski appellierte später nochmal an die Stadtverordneten, in Bezug auf die Aufnahme von Asylbewerbern zusammenzuhalten und keine rassistischen und fremdenfeindlichen Aktivitäten aufkommen zu lassen.

## Mehr Grün in Eberswalde

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** Im Herbst hat der städtische Bauhof zahlreiche Bäume und Sträucher gepflanzt. In der Rudolf-Breitscheid-Straße sind es Rotdorne und Amerikanische Roteichen, ebenso in der Freienwalder Straße sowie auf dem Bahnhofsvorplatz. Entlang des Verbindungsweges vom Potsdamer Platz zur Kyritzer Straße stehen nun Winterlinden und in der Fichtestraße ist eine Feuerdornhecke angepflanzt worden. Insgesamt kamen 56 Bäume, 120 Sträucher, 60 Rosen, über 50 Kletterpflanzen und 20 Obstbäume in die Erde sowie 8.000 Krokuszwiebeln im Weidendamm und 1.000 Tulpenzwiebeln entlang des Mittelstreifens der Heegermühler Straße. Im Zuge des Straßenausbaus sind zudem in der Blumenwerderstraße 18 Säulenhorne, in der Ludwig-Sandberg-Straße 5 Winterlinden und 3 Spitzahorne, in der Wilhelmstraße 11 Winterlinden und 2 Spitzahorne, in der Zimmerstraße 11 Winterlinden, in der Erich-Mühsam-Straße 36 Nelkenkirschen und an der Stadtpromenade am Finowkanal 52 Weiden und 13 Birken gepflanzt worden.

## Diskussion zur Schulsozialarbeit

**Dem Eberswalder Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff ist zuzustimmen, wenn er immer wieder den Weggang seiner Dezernentenkollegin Regina-Dolores Stiehler-Hinz bedauert. Sie hinterließ eine Lücke, die er und Bürgermeister Friedhelm Boginski nur unzureichend kompensieren.**

Dies wird in den Debatten zur Beschlußvorlage der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) zur Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen an den Eberswalder Grundschulen offenbar. Gatzlaff, der zugleich oberster Kassenwart der Stadt ist, bewertete nicht den Inhalt des Vorschlages. Bei ihm klingelten so gleich die Alarmglocken, daß da womöglich ein Griff in die Stadtkasse droht. Die von ihm sofort artikulierte Abwehrhaltung ist somit völlig verständlich. In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) am 6. November sagte er: Die drei Schulsozialarbeiterstellen würden etwa 147.000 € Personalkosten (Gehalt + Arbeitgeberanteile) verursachen, wobei noch keine Bürokosten oder dergleichen enthalten seien. Und das für eine Aufgabe, die die Stadt Eberswalde freiwillig zusätzlich übernehmen würde, obwohl es dafür einen zuständigen Aufgabenträger gibt.

Allerdings enthielt die Beschlußvorlage der Fraktion DL/AfW gar keine Aussagen zur Finanzierung. Denn im Vordergrund standen für die Fraktion die inhaltlichen Aspekte, die wegen der sofortigen Fokussierung auf die Finanzierung in den Hintergrund gerieten.

Dank der SPD-Fraktion kam der inhaltliche Aspekt wieder in den Mittelpunkt. Sie schlug vor, zunächst unter Einbeziehung einer externen Expertengruppe mittels einer qualifizierten Bedarfsanalyse den Bedarf an Schulsozialarbeitern zu ermitteln. Diesen Bedarf hatte die Fraktion DL/AfW als gegeben unterstellt und das in der Sachverhaltsdarstellung der Beschlußvorlage auch begründet. So hatte der Jugendhilfeausschuß des Landkreises Barnim bereits vor zehn Jahren einen höheren Bedarf von Sozialarbeit an den Schulen festgestellt und die städtischen Schulen haben ihre Forderung nach mehr Schulsozialarbeitern mehrfach gegenüber dem Schulamt und dem Schulträger, also der Stadt Eberswalde, dargelegt. Daneben liegen mit der Sozialstudie zum Brandenburgischen Viertel im Vergleich mit anderen Stadtteilen auch umfassendere Analysen bereits vor. Insofern macht eine neuerliche Bedarfsanalyse wenig Sinn. Außer den, daß eine Beschlußfassung hinausgezögert wird.

Am 6. November hatten die Vertreter der Fraktionen DL/AfW und SPD im ABJS in Erwägung gezogen, einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten und diesen rechtzeitig vor der nächsten ABJS-Sitzung einzubringen. Allerdings verzichtete die SPD-Fraktion darauf, auf die Einreicher der Ursprungsvorlage zuzugehen. Stattdessen verschickte sie am Tag des Einreichungsschlusses um 16.41 Uhr per eMail ihren Entwurf für eine fraktionsübergreifende Beschlußvorlage, der sich allerdings nur unwesentlich von ihrem Änderungsantrag unter-

schied. Vom ursprünglichen DL/AfW-Vorschlag, einschließlich der Argumente der Sachverhaltsdarstellung, wurde nichts aufgenommen. Die Fraktion verweigerte sich daher dem Ansinnen, als Miteinreicher aufzutreten und hielt an ihrem eigenen Beschlußvorschlag fest, den sie inzwischen qualifiziert hat. Die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, von CDU und B90/Die Grünen unterzeichneten hingegen trotz der kurzen Frist den SPD-Vorschlag.

Die SPD-Vertreterin im ABJS Angelika Röder betonte mehrfach, daß die SPD durchaus der Auffassung sei, daß zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen gebraucht werden. In der Bedarfsanalyse solle es nur darum gehen, wie viele neue Stellen benötigt werden. Ein gewisses Erschrecken über den eigenen Antrag war spürbar in der von ihr geäußerten Befürchtung, die Bedarfsanalyse könnte ergeben, daß gar keine Schulsozialarbeiterstellen benötigt werden. Das würde sie von vornherein ablehnen.

Tatsächlich wäre es die Aufgabe des Fachausschusses gewesen, bei Zweifeln an der Notwendigkeit von Schulsozialarbeit dies selbst zu ergründen, statt das an einen Arbeitskreis zu delegieren. Dem Vorschlag, zur folgenden Ausschußsitzung am 27. November die drei Schulleitungen und die Träger einzuladen, folgte der Ausschuß nicht und nahm so das Ergebnis bereits vorweg – zugunsten des SPD-Vorschlages.

»Wir stimmen mit dem Verwaltungsdezernenten überein, daß die Schulsozialarbeit zu den Pflichtenaufgaben des Landkreises gehört«, sagt Carsten Zinn von der Fraktion DL/AfW. »Es ist bedauerlich, daß es uns als Stadt nicht gelungen ist, die Notwendigkeit von mehr Schulsozialarbeit an unseren Schulen bereits im Rahmen der Diskussion des neuen Jugendhilfeplanes des Landkreises für die Jahre 2013 bis 2017 zu artikulieren.« Dieser wurde am 27. November vom Kreistag beschlossen. Die Grundlagen für Art und Umfang der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit in Eberswalde sind in dem 2010 abgeschlossenen Leistungsvertrag zur Jugendkoordination zwischen Landkreis und Stadt festgelegt worden. Von den 9 Handlungsfelder, die dort benannt sind, befaßt sich keines explizit mit Jugendsozialarbeit und schon gar nicht mit Schulsozialarbeit. Ein Resultat davon ist, daß es nur acht Wochenstunden Schulsozialarbeit an der Schwärzeseeschule gibt – obwohl der Bedarf weitaus höher ist. »Wir haben immer betont, daß eine gründliche Diskussion wichtiger ist, als eine vorschnelle Entscheidung«, so Zinn weiter. »Mit einer Delegation der Aufgaben an eine externe Arbeitsgruppe sind wir aber nicht einverstanden. Wir sind der Auffassung, daß diese Diskussion innerhalb der Gremien der Stadtverordnetenversammlung stattfinden muß.«

GERD MARKMANN

## Zusammenarbeit mit den Nachbarn

Mit einer engeren Zusammenarbeit wollen Barnimer Städte und Gemeinden die Wettbewerbsfähigkeit der Region erhöhen.

Darauf haben sich die Amtsdirektoren der Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg, André Nedlin und Ulrich Hehenkamp, sowie die Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide und der Stadt Eberswalde, Uwe Schoknecht und Friedhelm Boginski, bei einem gemeinsamen Treffen verständigt. Amtsdirektor Dirk Protzmann aus Joachimsthal (Schorfheide), der bei diesem Treffen verhindert war, hat angekündigt, sich dieser Initiative anzuschließen.

Einig waren sich die Beteiligten darüber, daß eine starke Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der Gemeinden für die weitere

Entwicklung unserer Region eine immer größer werdende Bedeutung einnimmt. So wird sich beispielsweise die zukünftige EU-Förderpolitik des Landes auf das Fordern und Fördern von Kooperationen zwischen Städten und Gemeinden konzentrieren.

Die Stadt Eberswalde hat zur Unterstützung und Moderierung des Prozesses, in dessen Rahmen u.a. die Erarbeitung einer Mittelbereichskonzeption geplant ist, eine Arbeitsgemeinschaft aus den beiden Gutachterbüros empirica ag und Planergemeinschaft Kohlbrenner eG beauftragt.

*Gemeinsame Pressemitteilung der Ämter Joachimsthal (Schorfheide), Biesenthal-Barnim, Britz-Chorin-Oderberg, der Gemeinde Schorfheide und der Stadt Eberswalde*

## Fahrradabstellplätze am Hauptbahnhof

**Eberswalde (prest-ew).** Am 21. November hat die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner 170 neue Fahrradabstellplätze am Eberswalder Hauptbahnhof offiziell übergeben. Im Auftrag der Stadt Eberswalde hatte die FTB Finow Tiefbau GmbH die Fahrradabstellplätze errichtet. Unter der Eisenbahnbrücke wurde eine ca. 450 m<sup>2</sup> große Betonpflasterfläche angelegt und 97 Fahrradabstellbügel eingebaut. Die Gesamtkosten dafür betragen ca. 40.000 Euro, finanziert zu 50 Prozent aus dem Fonds zur Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im ÖPNV des Landkreises Barnim und zu 50 Prozent aus Mitteln der Stadt Eberswalde.



Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft:

## Eine Anleitung zum Widerstand

**Eberswalde (böll/bbp).** **Wie gewinnt man Zukunftsfähigkeit zurück? Wie läßt sich der zivilisatorische Standard der Moderne erhalten und zugleich die Ressourcenübernutzung radikal zurückfahren? Was ist hinnehmbar und was bedarf des Widerstands?**

Harald Welzers Buch »Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand« ist ein Plädoyer dafür, alte Denkmuster hinter sich zu lassen, mentale Infrastrukturen zu verändern und sich selbst wieder ernst zu nehmen, selbst zu denken und Handlungsspielräume zu erweitern. »Wie Ihr Widerstand aussieht, hängt von Ihren Möglichkeiten ab. Und von dem, was Ihnen Spaß macht«.

Am 3. Dezember war der Autor in der Alten Forstakademie Gast der Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft. Pierre Ibisch ging im Gespräch mit ihm auf die Kultur des Widerstands ein. In seinem Buch lotet Welzer die Abgründe des erdrückenden Konsumwahns und politischen Illusionstheaters aus und zeigt, wie viele konkrete und attraktive Möglichkeiten zum widerständigen und guten Leben es gibt.

Die ersten Schritte sind ganz einfach: sich endlich wieder ernst nehmen, selbst denken, selbst handeln. Sein Buch ist ein Plädoyer für

den persönlichen Widerstand und für eigenes Engagement.

Die »Anleitung zum Widerstand« ging einher mit einem Grußwort der Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner. Moderiert wurde die Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg durch Inka Thuncke.

Die Gespräche und Diskussionen der Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft sind eine gemeinsame Veranstaltung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, der Stadt Eberswalde und der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg.

Harald Welzer, ist Direktor von FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit und Professor für Transformationsdesign an der Universität Flensburg. Daneben lehrt er an der Universität Sankt Gallen. Pierre Ibisch ist Professor für Naturschutz an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Seit 2009 ist er einer der ersten Forschungsprofessoren der Hochschule und arbeitet zu »Biodiversität und Naturressourcenmanagement im globalen Wandel«.

## Alle Jahre wieder ...

Langsam werden die Temperaturen kälter und der eisige Wind pfeift einem um die Ohren. Deshalb fährt das Bürgermobil des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt auch in diesem Winter wieder nach einem ausgedünnten Fahrplan. Ab Dezember 2013 bis voraussichtlich 28. Februar 2014 wird das Bürgermobil die gewohnten Touren nur noch an folgenden Tagen absolvieren:

**Oderbergtour: 9.12., 6.1., 3.2.**

**Wandlitztour: 16.12., 13.1., 10.2.**

**Werneuchentour: 20.12., 17.1., 14.2.**

**Biesenthaltour: 19.12., 16.1., 13.2.**

Auch die traditionellen Sprechstunden unterm Weihnachtsbaum wird es wieder geben. Am 16. Dezember erwartet Sie Dr. Luthardt von 11 bis 13 Uhr am REWE-Markt in Basdorf zu Glühwein und Lebkuchen. Am 20. Dezember findet die weihnachtliche Sprechstunde von 10.15 bis 12 Uhr auf dem Werneuchener Marktplatz statt. Rückfragen beantwortet gern das Büro des Landtagsabgeordneten unter der Telefonnummer 03334/385155. Aktuelle Informationen sind auch auf der Homepage verfügbar: [www.michael-luthardt.de](http://www.michael-luthardt.de).

CINDY PANZER

## Wieder unter einem Dach

Mit einem Tag der offenen Tür nahm die Fraktion DIE LINKE. in der Stadtverordnetenversammlung Bernau in ihren neuen Räumlichkeiten in der Berliner Str. 17 ihre Arbeit wieder auf. Hier werden die öffentlichen Fraktionssitzungen und wie gehabt, die Fraktionssprechstunde stattfinden. Zu erreichen ist die Fraktion unter der Rufnummer 03338/907252, per Fax unter 03338/907251 und per Mail unter [fraktion-bernaue@dielinke-barnim.de](mailto:fraktion-bernaue@dielinke-barnim.de).

Für die Besucherinnen und Besucher wird sich nichts ändern. Erreichbar werden die LINKEN immer montags, dienstags und donnerstags in der Zeit von 9 bis 17 Uhr, sowie freitags von 9 bis 12 Uhr sein.

Zusätzlich bietet auch der Landtagsabgeordnete und Brandenburger Wirtschaftsminister Ralf Christoffers immer Donnerstags von 13 bis 17 Uhr eine Sprechstunde in Bernau an.

BÄRBEL MIERAU

## Rosen für Goethetreppe

**Eberswalde (prest-ew).** An der Goethetreppe am südlichen Ende der Goethestraße in Eberswalde sind neue Rosen gepflanzt worden. Bis hoch zum Drachenkopf an der Georg-Herwegh-Straße sollen ab dem nächsten Jahr 500 pinkfarbene und weiße Rosen blühen. Die neuen Kleinstrauchrosen mit Namen Neon und Innocencia erhielten zudem frische Komposterde. Mitarbeiter der Stephanus-Werkstätten aus Falkenberg haben die Arbeiten auf einer Gesamtfläche von 150 Quadratmetern ausgeführt. Für die Verschönerung der Goethetreppe wurden 5.000 Euro aus dem Haushalt der Stadt bereitgestellt.

## Mächtig kandidiert

**Finowfurt (bbp).** Margitta Mächtig ist die Direktkandidatin der LINKEN im Landtagswahlkreis 13 (Stadt Eberswalde, Gemeinde Schorfheide, Amt Joachimsthal). Sie war die einzige Bewerberin, die am Abend des 4. Dezember in der Kleinen Konzerthalle in Finowfurt den Hut in den Ring warf. Von den 136 wahlberechtigten Parteimitgliedern hatten sich 22 auf den Weg nach Finowfurt gemacht. Mit 21 Ja-Stimmen (95,5 %) votierte die überwältigende Mehrheit dafür, daß Margitta Mächtig erneut für die LINKEN im Wahlkreis Eberswalde-Schorfheide-Joachimsthal um das Direktmandat kämpft.



DIE LINKE bzw. ihre Vorgängerpartei, die PDS, hat das Direktmandat seit 1999 in ununterbrochener Folge gewonnen. Von 1999 bis 2004 vertrat Heinz Dobberstein die Partei und die Region im Landtag. Seit 2004 hat Margitta Mächtig das Direktmandat inne.

Der LINKEN-Kreisvorsitzende Sebastian Walter ist trotz des Verlusts der Barnimer Direktmandate zur Bundestagswahl optimistisch, daß es der Partei gelingt, zur Landtagswahl im September 2014 im Barnim alle drei Direktmandate zu erringen.

## Nachhaltigkeitsstrategie

Noch bis zum 20. Dezember ist es möglich, sich an der Online-Konsultation des Entwurfs der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen. Sie finden die aufbereitete Strategie unter [nachhaltig.brandenburg.de](http://nachhaltig.brandenburg.de) und sind herzlich eingeladen, diese dort mit Ihren Anmerkungen zu bereichern. Wir haben das Dokument in kleinere Sinneinheiten geteilt, um eine einfachere und zielgerichtete Kommentierung zu ermöglichen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie gliedert sich in die fünf inhaltlichen Schwerpunkte:

- Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg
- Lebenswerte Dörfer und Städte
- Brandenburg als Modellregion im Umgang mit Energie und Klimawandel
- Zukunftsfähige Finanzpolitik
- Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung

Darüber hinaus legt die Landesregierung dar, was der Begriff Nachhaltigkeit für sie bedeutet und wie die Strategie umgesetzt werden soll.

Dr. MARTIN POHLMANN und LENA JUDICK

## Kulturarbeit auf hohem Niveau

*Barnimer Kulturpreis 2013 geht an Förderverein Sankt Marien Bernau e.V.*

**Den bereits zum 15. Mal von Bündnis 90/Die Grünen verliehenen Barnimer Kulturpreis erhält in diesem Jahr der Förderverein Sankt Marien Bernau e.V. Der Preis ist wiederum mit 750 Euro dotiert, die von bündnisgrünen Kreistagsmitgliedern gespendet wurden.**

Die Jury mußte eine schwere Entscheidung zwischen neun hochwertigen Bewerbungen treffen. Preisstifter und Jury bedanken sich daher an dieser Stelle ausdrücklich auch bei den diesmal Nichtprämierten für ihr kulturelles Engagement und ihre Beteiligung am Wettbewerb. Wir ermutigen sie, sich im nächsten Jahr erneut zu bewerben.

Den Ausschlag für den Förderverein St. Marien Bernau gab das hohe Niveau der ehrenamtlichen Kulturarbeit über einen sehr langen Zeitraum. Der Verein wurde bereits 1991 gegründet. Sein Ziel ist es, die St. Marienkirche Bernau zu bewahren, zu pflegen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck rief der Verein 1994 das Festival Alter Musik ins Leben. Seitdem können die Besucher jährlich im September drei bis vier Kon-

zerte mit international bekannten Interpreten - Solisten, Chören, Orchestern und Dirigenten - erleben. In diesem Jahr gab es bereits die 20. Auflage dieses besonderen Musikeignisses, das inzwischen einen festen Platz in der Barnimer Kulturlandschaft inne hat und zahlreiche Besucher aus nah und fern anzieht.

Die Konzertreihe bietet traditionell immer auch etwas für junge Hörer. In diesem Jahr war es das Kinderprogramm für Groß und Klein »Rotkäppchen und der Wolf«. Eine gute Zusammenarbeit gibt es inzwischen auch mit der Musikschule Bernau. Dadurch können junge Künstler Erfahrungen in öffentlichen Auftritten sammeln und Meister ihres Faches erleben. Mit der Lautten Compagnie Berlin, einem renommierten Barockensemble, wurde ein wertvoller Partner des Festivals gefunden, der ab kommendem Jahr mit der künstlerischen Planung betraut ist.

Wir würdigen mit dem Kulturpreis die Arbeit der Vereinsmitglieder, die in ehrenamtlicher Weise die Veranstaltungen planen, vorbereiten und durchführen.

KARL-DIETRICH LAFFIN

## Verlosung »Eberswalder Höhenpaß 2013«

**Eberswalde (prest-ew).** Der Eberswalder Höhenpaß verbindet vier »Höhepunkte« in der Stadt Eberswalde. Wer ihn erwerben möchte, muß die Stufen der beiden Industriedenkmäler Finower Wasserturm und Montagekran im Familiengarten sowie den Turm der Maria-Magdalenen-Kirche und den Tiger-Turm im Zoo erklimmen. Von den Aussichtsplattformen genießen die Besucherinnen und Besucher fantastische Ausblicke auf Eberswalde und Umgebung. Sobald die Teilnehmer mindestens 3 dieser Höhepunkte erklommen haben, erhalten Sie eine Urkunde sowie die Möglichkeit, an einer Verlosung von Sachpreisen am Ende der Saison (Saison war vom 28.3.-31.10.13) teilzunehmen.

Der Höhenpaß wird gern von Familien oder auch Großeltern mit ihren Enkelkindern angenommen. Der Preise zum Eberswalder Höhenpaß werden in diesem Jahr bereits zum dritten Mal verlost. Über 80 Personen reichten die gestempelte Rückantwortkarte ein und nehmen damit an der Verlosung teil, die am 11. Dezember um 14 Uhr im Restaurant im Hotel Palmehof (Friedrich-Ebert-Str. 17) stattfindet.

Organisiert wird das ganze vom Eberswalder Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus. Die Preise werden von verschiedenen Sponsoren zur Verfügung gestellt. Daneben gab es im Rahmen des Höhenpasses eine Rabattaktion, an der sich neun Eberswalder Gastronomen beteiligten.

## Saxophonquartett hält im Finower Kultursalon

**Eberswalde (prest-ew).** Der zweite Finower Kultursalon am 13. Dezember präsentiert das Saxophonquartett Sonic Art. Die Organisatoren der neuen Veranstaltungsreihe versprechen eine außergewöhnliche Mischung aus neuer Musik und klassischen Saxophonrepertoires. Das Kunstereignis im Kulturbahnhof Finow in der Bahnhofstraße 32 beginnt um 20 Uhr und kostet 5 Euro Eintritt.

Das Klangprogramm der vier Saxophonisten aus Berlin verspricht eine musikalische Weltreise. Von Japan nach Nigeria, Rußland, Mexiko und Algerien bis ins irische Städtchen sind Sonic Art bislang gekommen. Nun wollen sie nach Finow in den Kulturbahnhof.

Bereits der Auftakt zum Finower Kultursalon am 8. November sei ein Publikumserfolg mit gut 80 Gästen gewesen, bilanziert Gregor Just, der die Konzertreihe organisiert.

Der Finower Kultursalon im Kulturbahnhof geht in Serie – an jedem zweiten Freitag im Monat. »Gute Livemusik zum kleinen Preis«, sei dabei das Leitmotiv der Kultursalons, so Just. Entstanden ist der Finower Kultursalon auf Initiative des Händlertreffs Finow. Unterstützt vom Eberswalder Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus möchte das Forum aus Einzelhändlern den Stadtteil Finow attraktiver gestalten. Dazu gehören nicht zuletzt auch Kulturveranstaltungen, wie diese.

# Respekt vor Bürgervotum gefordert

Mit Unverständnis haben die Initiatoren des erfolgreichen Bürgerentscheides »Gerechter Straßenausbau in Bernau« auf die durch den Geschäftsführer des Brandenburger Städte- und Gemeindebundes Karl-Ludwig Böttcher und anderen Politikern verbreiteten Erklärungen über den Inhalt des Bürgerentscheides reagiert. Das von manchen Politikern ins Feld geführte Erfordernis zum Bau von Radwegen hin zu Schulen und anderen Einrichtungen hat mit dem Bürgerentscheid nichts zu tun. Derartige Maßnahmen erfolgen entlang von Landes- oder Kreisstraßen, die keine Anliegerstraßen sind. Der Vorwurf geht also völlig an der Sache vorbei. Der Bürgerentscheid bezieht sich nur auf Anliegerstraßen, was sich aus der öffentlich nachlesbaren Fragestellung eindeutig ergibt. ([www.bernaui-bei-berlin.de/visioncontent/medien-datenbank/amtsblatt\\_13-2013\\_internet.pdf](http://www.bernaui-bei-berlin.de/visioncontent/medien-datenbank/amtsblatt_13-2013_internet.pdf)).

Die Unabhängigen (Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bernau – bbb) halten dieses Vorgehen für nicht hilfreich. Die Wählerinnen und Wähler der Stadt Bernau haben ihr Grundrecht auf Mitbestimmung gemäß den Vorschriften der Brandenburgischen Kommunalverfassung genutzt. Verunsicherung und Angstmache gefährden den sozialen Frieden und das Solidarprinzip und stellen die von allen Parteien immer wieder eingeforderte Teilhabe und proaktive Partizipation der Bürgerschaft in Frage.

Die Unabhängigen erinnern daran, daß laut Satzung des Städte- und Gemeindebundes seine Organe überparteilich zu handeln und nicht einseitig gegen die Bürgerschaft und für be-

stimmte politische Gruppen Partei zu ergreifen haben. Diese Neutralitätspflicht wird in Frage gestellt, wenn der Geschäftsführer sich gegen das zu 95 % unterstützte Anliegen der Bernauer Bürgerschaft wendet. Es ist auch nicht nachvollziehbar, welches Gemeinwohl angeblich vertreten wird, wenn man sich gegen das Votum von 95 % der Wählerinnen und Wähler einer Stadt wendet.

Ebenso weisen die Unabhängigen darauf hin, daß entgegen der möglichen Ankündigung ein Geschäftsführer eines Städtebundes selbstverständlich nicht die Bernauer Bürgerschaft verklagen kann. Denn die Aussagen, wonach der Bürgerentscheid rechtlich unzulässig sei, sind komplett unzutreffend. Die Zulässigkeit wurde durch die Untere Kommunalaufsicht dreimal geprüft und für gegeben befunden. Abschließend hat auch das Innenministerium als oberste Landesbehörde seine Zustimmung gegeben. Die Bürgerschaft hat mit 94,6 % zugestimmt, der Wahlausschuß der Stadt Bernau einstimmig das Ergebnis festgestellt. Der Bürgerentscheid ist gültig und rechtskräftig. Er bindet von Gesetzes wegen sämtliche Organe der Stadt Bernau.

Durch den Bürgerentscheid können die Einwohner nun mitreden, welcher Ausbaugrad für ihre Anliegerstraße gewählt wird. Bisher hatten die Menschen kein Mitbestimmungsrecht und mußten die Kosten zu 90 % selbst tragen. Aufgrund der in Bernau auch in kleinen Siedlungen immer wieder angewendeten hohen Ausbaugrade sind Gebühren von 20.000 bis 30.000 Euro (höchster bekannter Fall: 56.000

Euro) keine Seltenheit. Dies zu beenden, wurde durch den Bürgerentscheid erreicht. Nicht der Straßenausbau wird blockiert, sondern überbeuerte Maßnahmen werden verhindert. Es müssen nun ökologisch und finanziell verträglichere Alternativen, dies es technisch durchaus gibt, gesucht und umgesetzt werden.

Der erfolgreiche Bürgerentscheid war ein Zeichen der Menschen für mehr Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Die Bürgerinnen und Bürger haben gemeinsam entschieden und wir bitten darum, dieses Votum zu respektieren.

PÉTER VIDA

## Hintergrund:

Am 20. Oktober stimmten die Bernauer Bürgerinnen und Bürger per Bürgerentscheid darüber ab, ob künftig der Ausbau von Anliegerstraßen nur dann durchgeführt wird, wenn die Mehrheit der Beitragspflichtigen dem zustimmt. 31,6 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an dem Bürgerentscheid teil. 9.360 Bernauerinnen und Bernauer stimmten mit Ja. Das sind 94,6 Prozent. Damit wurde auch das notwendige Quorum von mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten klar erreicht.

Zu dem ersten Bürgerentscheid in der Geschichte Bernaus kam es nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren im Frühjahr, bei dem 3.853 Unterschriften abgegeben wurden. Nötig wären 3.120 Unterschriften (10 % der Wahlberechtigten) gewesen. Wahlberechtigt waren alle Einwohner ab vollendetem 16. Lebensjahr. In Eberswalde wird das jetzt in Bernau durch Bürgerentscheid eingeführte Verfahren bereits seit längerer Zeit in ähnlicher Weise durch die Verwaltung angewendet.

# Bauarbeiten und Kunst

**Das Jahr 2013 war ein Jahr des Bauens am alten Denkmal Zainhammermühle, dem Sitz des Kunstvereins »Die Mühle e.V.«. Der traditionelle »Sommer in der Mühle« fiel diesen Bauarbeiten zum Opfer.**

Aber die Vereinsmitglieder waren dennoch sehr aktiv: Die »Holzwürmer« bauten an Fußböden, neuen Treppen und Treppenhäusern und stellten zum 1. Advent wieder die Pyramide in der Sparkasse auf. Die Maler und Fotografen der Mühle gestalteten Ausstellungen im Rathaus, im Krankenhaus und in verschiedenen Arztpraxen in Eberswalde, im »Radstopp Wildau«, in Kirchen in Groß Schönebeck und Tuchen-Klobbicke, im Hotel Haus Chorin und zur Landesgartenschau in Prenzlau. Diejenigen mit eigenen Ateliers veranstalteten Tage der offenen Ateliers, u.a. in Eberswalde, Chorin, Wandlitz und Karlshagen. Mühlenkünstler gestalteten auch die Aktion der offenen Höfe in der Eisenbahnstraße im Sommer 2013 mit.

Die Musiker spielten auf verschiedenen Veranstaltungen im Landkreis und bereiten sich nun auf das neu aufgelegte »Rock me Magdalena« zu Weihnachten vor. Die Backofenbauer bauten weiter am Dach für den Backofen im

Mühlengarten und probierten ab und zu den Ofen aus. Es läßt für das kommende Jahr auf mehr hoffen.

Fleißig war auch unser Schriftführer Dr. Eckhard Groll, der einen Flyer zur Geschichte der Zainhammermühle entworfen hat. Durch die Stadt Eberswalde unterstützt konnten wir diesen Flyer in einer großen Auflage drucken lassen, sodaß sich ab sofort jeder Spaziergänger, der auf der Erlebnisachse Schwärzetal am Mühlengebäude vorbeikommt, über die Geschichte des alten Denkmals informieren kann.

Zum Beginn der Adventszeit stellten die Mühlenkünstler nun ihren traditionellen Mühlenkalender vor, der im Jahr 2014 dem Thema Holz – Lebensraum, Werkstoff und Oase – gewidmet ist.

Die moderne Geschichte der Zainhammermühle begann mit Holz, als die Holzwürmer eine Werkstatt suchten und in der Mühle fanden. Die alte Mühle besteht zum größten Teil



aus dem Werkstoff Holz, der an manchen Stellen verschlissen ist und ersetzt werden muß, bevor die Werkstatt wieder Oase sein kann.

Der Kalender konnte wieder nur dank der Unterstützung durch die Sponsoren gedruckt werden und war erstmals auf dem 13. WeihnachtsKUNSTmarkt am 8. Dezember, dem 2. Advent im Paul-Wunderlich-Haus zum Preis von 5 Euro erhältlich. Der Erlös aus dem Verkauf fließt wieder direkt in die Arbeiten zur Sanierung des Mühlengebäudes.

Wer es an diesem Tag nicht schaffen konnte, der kann den Mühlenkalender auch noch in der Touristinformation in der Adlerapotheke erwerben.

VERONIKA BRODMANN

Eurozone:

## Sozialer Ausgleich nötig

Am 21. November 2013 hat das Europäische Parlament in Straßburg eine Resolution über die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion verabschiedet. Europäische Staats- und Regierungschefs verabschiedeten im Dezember ein soziales Scoreboard. Damit werden den ökonomischen und fiskalen Indikatoren zur jährlichen Überprüfung der Mitgliedsstaaten im Rahmen des Stabilitätspaktes soziale Indikatoren hinzugefügt. Die Grünen fordern seit Langem, daß die Kommission in ihren Forderungen zur Haushaltskonsolidierung und zur Wirtschaftspolitik die soziale Situation in den Mitgliedsstaaten gleichermaßen in Betracht zieht.

Doch die Resolution ist nicht das Papier wert, auf dem sie steht. Denn die Aufgabe, die sich das Parlament gestellt hatte, die soziale Dimension der Währungsunion in den Vordergrund zu stellen, hat dieser Beschluß nicht erfüllt. Er analysiert zwar das soziale Desaster in Europa, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit oder den massiven Anstieg des Niedriglohnssektors, notwendige Forderungen werden jedoch nicht formuliert. Konservative, Liberale und sogar die Sozialdemokraten fallen in nationale Engstirnigkeit zurück. Wenn Arbeitslosenzahlen und Armut in der EU ansteigen, müssen Wirtschafts- und Finanzvorgaben überdacht werden, schon allein, um die Binnennachfrage zu stärken.

Wir Grünen sind die einzige Fraktion, die nicht nur darüber redet, Europa sozialer zu machen, sondern sich auch für konkrete Schritte einsetzt. Die dringendste Aufgabe auf europäischer Ebene ist die Entwicklung automatisch wirkender Stabilisatoren, um die großen wirtschaftlichen Unterschiede und Schocks in der Eurozone auszugleichen. Wir Grünen fordern deswegen eine ergänzende europäische Arbeitslosenversicherung. Dieses makroökonomische Instrument wirkt unmittelbar stabilisierend, könnte Kurzarbeitslosigkeit in Europa abfedern und ist transparent und einfach. Die Kommission selbst hat es als das beste Instrument zum Ausgleichen der wirtschaftlichen Schocks bezeichnet, bis heute aber keinen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt. Auf unsere Nachfragen schweigt sie. Anstatt immer wieder den Flickenteppich auszubessern, sollte die Kommission endlich die Einführung eines automatischen Stabilisators vorantreiben. Denn jede Währungszone braucht ihren sozialen Ausgleich.

ELISABETH SCHROEDTER

[www.bar-blog.de](http://www.bar-blog.de)

### Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur.  
»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

## Viele Worte und keine Antwort

**Herr Dr. Conrad geht im ersten Teil seines Artikels »Wunsch nach Realitätsveränderung« (Teil 2 finden Sie auf Seite 9 dieser Ausgabe – bbp) trotz vieler schöner Worte weder auf konkrete Zahlen und Fakten der Bioproduktion ein noch beantwortet er eine grundsätzliche Frage. Glaubt er ernsthaft, mit seinen Argumenten Hartz IV-Empfänger, Leiharbeiter, Arbeitsnehmer mit niedrigem Einkommen aber auch die Mehrzahl der Normalverbraucher davon zu überzeugen, für biologische tierische Endprodukte etwa 50 Prozent mehr zu bezahlen?**

Sie dürften in der Regel – und das ist die Realität – weder willens noch in der Lage dazu sein. Auch die ohne konkreten Zahlen geäußerte Behauptung, die hohen Preise für Bioprodukte durch die Umverteilung von Subventionen oder die Senkung der Zirkulationskosten wesentlich zu senken, ist Wunschdenken. Denn die Hauptursachen dafür liegen in den höheren Produktionskosten.

Auch das berechtigte Problem des Zusammenhangs zwischen Ernährung und Gesundheit dürfte weder durch geschichtliche Betrachtungen über den pro Kopf-Verbrauch von 14 kg Fleisch vor 150 Jahren noch durch verordnete fleischfreie Tage zu lösen sein. Hier kann nur auf der Grundlage einer umfassenden Aufklärung jeder selbst darüber entscheiden, was und wieviel er isst und was er dafür bezahlt.



Kleinbauernidylle macht die vielen Menschen in den Städten nicht satt, meint unser Autor.

Davon abgesehen bedient sich Dr. Conrad bei seinem Exkurs in die Historie nur bei den Zahlen, die in seine Argumentation passen. So lag der Fleischkonsum in Deutschland im Spätmittelalter (um 1500) pro Kopf noch bei jährlich über 100 kg (Wikipedia). Erst in den folgenden Jahrhunderten fiel der Fleischverbrauch bis auf den von Dr. Conrad beschriebenen Tiefpunkt im 19. Jahrhundert, was als Zeichen bitterster Armut großer Teile der Bevölkerung zu werten sein dürfte. Mit aktuell 89 kg liegt der Fleischverbrauch jedenfalls noch unter dem Niveau des Spätmittelalters.

Herr Dr. Conrad kritisiert global die Massentierhaltung, ohne bisher auch nur ein Wort über die unterschiedlichen Bedingungen der Privat-Massentierhaltung in der BRD und jetzt auch in den neuen Ländern und den staatlichen Kombinat für industrielle Mast in der DDR zu erwähnen. Er beweist damit eine erschreckende Unkenntnis der Realitäten. Es sei

mir deshalb gestattet, »im großväterlichen Duktus«, wie er so schön überheblich schreibt, auf folgende Realitäten hinzuweisen:

– Die Kombinate für industrielle Mast in der DDR erzielten in ihrer gesamten Tätigkeit dank der hohen Arbeitsproduktivität Milliardengewinne, die als Investitionen in das umliegende Territorium für die Infrastruktur flossen oder an den Staatshaushalt abgeführt wurden. Die Gewinne aus der kapitalistischen Massentierhaltung fließen im Gegensatz dazu in die Taschen der Privatbesitzer.

– Die Mitarbeiter in den KIM waren gut ausgebildet und wurden gut bezahlt. Die große Zahl von Frauen erhielten gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Alle verfügten über vorbildliche kulturelle und soziale Einrichtungen. Davon können die Arbeitnehmer in den privaten Massentierhaltungen der Gegenwart nur träumen!

– Die KIM waren von der Zucht bis zum Endprodukt völlig unabhängig von der übrigen Landwirtschaft. Die Privatbesitzer von Massentierhaltungen beuten die Bauern aus der umliegenden Umgebung über die Vertragsproduktion aus.

– Die tatsächlichen Stallhaltungsbedingungen für die Rinder- und Schweinemast in den KIM unterschieden sich nicht wesentlich von der übrigen Landwirtschaft. Die hohe Arbeitsproduktivität und niedrigen Kosten resultierten im wesentlichen aus dem hohen Grad der Konzentration, Mechanisierung und Spezialisierung sowie durch eine hohe Qualität des Zuchtmaterials und der Mischfuttermittel. Auch die hohe Produktion der bekannten Goldbroiler erfolgte in gut klimatisierten Hallen in Bodenhaltung, wo übrigens die Belegungsdichte aus der Sicht des Tierschutzes reguliert werden konnte.

– In den KIM und übrigens auch in der allgemeinen Landwirtschaft der DDR gab es ein strenges Regime des Veterinärwesens und der Hygiene für Menschen und Tiere. Nachweislich in den Schlachthöfen waren die Tiere aus den KIM nicht nur qualitativ hochwertig sondern auch gesünder. Unter diesen Bedingungen war der massenhafte Einsatz von Gammelfleisch oder die illegale Beimischung von Pferdefleisch – wie in der BRD – kaum möglich.

Zusammenfassend kann ich deshalb nur die Feststellung wiederholen: Die Bioproduktion hat jetzt und auch künftig einen festen aber volkswirtschaftlich begrenzten Platz in der Versorgung unserer Bevölkerung.

Am Ende wird das Leben und die Realität darüber entscheiden!

Dr. HELMUT KOCH



## Wunsch nach Realitätsveränderung

Replik zu »Bioproduktion: Wunschenken und Realitäten« von Dr. Helmut Koch (Teil 2)

**Das Problem Massentierhaltung ist noch weit komplexer als im 1. Teil der Replik auf den Artikel von Herrn Dr. Koch angerissen. Zum weiteren Nachdenken möchte ich an dieser Stelle nur einen kursorischen Problemaufriß unternehmen, der die vielfältigen weiteren ethischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Anteile des Problemfeldes Massentierhaltung aus einem globalen Blickwinkel nennt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.**

Die heimische Massentierhaltung ist auf massive Futtermittelimporte angewiesen (11,4 Millionen Tonnen). Insbesondere die Sojaimporte aus Südamerika sind hochproblematisch. Es werden Regenwälder brandgerodet, um neuen Platz für Sojafelder zu schaffen, womit Unmengen Treibhausgase freigesetzt werden. Kleinbauern/-bäuerinnen und indigene Völker werden von ihrem Land vertrieben. Der intensive Anbau in Monokulturen führt langfristig zu ausgelaugten Böden, Erosion und vergifteten Gewässern. Eine zusätzliche Umweltbelastung entsteht dadurch, daß auf den meisten Feldern gentechnisch verändertes Saatgut von Monsanto angebaut und mit dem Totalherbizid Roundup bespritzt wird. Die hochtechnisierte Landwirtschaft kommt mit viel weniger Arbeitskräften aus. Heute ist nur noch 1 Arbeiter für eine Fläche notwendig, die früher durch 11 bestellt worden ist. Die Futtermittelproduktion führt global gesehen zunehmend zu einem »Konflikt zwischen Teller und Trog«: 35 % des global angebauten Getreides landen in Tiermägen, und das, obwohl tierische Produkte nur 17 % der weltweiten Ernährung ausmachen.

Deutschland ist auf dem Weg zum größten Fleischexporteur der Welt! Der Export ist in zehn Jahren um 250 % gewachsen. Bereits 2011 hat Deutschland zum Beispiel die flächenmäßig viel größere USA in der Zahl der Schweinefleischexporte übertroffen! Die Filetstücke bleiben hier, der Rest wird zerhackt und exportiert, z.B. nach Afrika. Dort wird die heimische Wirtschaft zerstört, die mit den Billigimporten nicht mithalten kann.

»Das Fleisch geht in den Export, die Gülle bleibt!« (BUND, Hubert Weiger) Hierzulande werden 5,6 Millionen Tonnen Schweinefleisch produziert, was ein betriebswirtschaftlicher Euphemismus für die Schlachtung von 60 Millionen Schweinen allein im Jahr 2011 ist. Knapp ein Drittel dieser Schweine werden in Deutschland gehalten, was auch heißt, daß zwei Drittel aus dem Ausland hierher zum Schlachten transportiert werden! Aber auch die Haltung von nur (!) 27 Millionen Schweinen verursacht ein gewaltiges Umweltproblem! Der Boden wird überdüngt, das Trinkwasser mit giftigen Abfallstoffen belastet. Jährlich werden von deutschen Bauern mehr als 200 Millionen Tonnen Gülle auf Äckern und Wiesen verteilt. Wie die ZEIT berichtet, bekommt Deutschland ein Nitratproblem: manches Grundwasser kann bereits direkt als Dünger benutzt werden.

### Fleischessen beschleunigt den Klimawandel

Laut einer Studie der Welternährungsorganisation von 2006 ist die weltweite Tierhaltung und -produktion, umgerechnet in CO<sub>2</sub>-Äquivalente, für 18 % der vom Menschen zu verantwortenden Klimagas-Emissionen verantwortlich und damit klimaschädlicher als das gesamte weltweite Verkehrsaufkommen! Eine Studie des Worldwatch-Instituts aus dem Jahr 2009 geht noch weiter: Die Autoren kamen auf einen Anteil der Viehhaltung von mindestens 51 % an den weltweiten, durch Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen.

Die Gefahr wächst rasant, weltweit hat sich der Fleischkonsum innerhalb von 20 Jahren fast verdreifacht.

Anders als durch Fürsprecher von Mastbetrieben wie beispielsweise der seit Jahren umstrittenen Wiederinbetriebnahme der Schweinemastanlage in Haßleben oder jüngst, in der MOZ nachzulesen, in Lüdersdorf proklamiert, entstehen durch die Hochtechnisierung der Abläufe nur vergleichsweise wenig Arbeitsplätze. Die Anzahl der Mitarbeiter je Stall nimmt ab je größer die Anlage ist. In einer Anlage mit 10.000 Tieren ist lediglich Arbeitsbedarf für max. 5 Personen. Im Vergleich zu Bio- oder Neulandbetrieben wurde der Arbeitsaufwand in der konventionellen Schweineproduktion mehr als halbiert. Auf der anderen Seite ziehen die oben schon angesprochenen Umweltfolgen, die extreme Zunahme des Lieferverkehrs etc. auch eine deutliche Minderung der Lebens- und Erholungsqualität in den betroffenen Gebieten nach sich. Für die Uckermark, speziell die Region um Haßleben, ist dann mit Folgen für den Tourismus zu rechnen, was auch Implikationen für Arbeitsplätze in diesen Bereichen hat.

Hinsichtlich des Tierschutzes, der Tiergesundheit und Haltungsbedingungen der industriellen Massentierhaltung möchte ich stellvertretend für sicherlich viele andere Filme auf die Arte-Dokumentation »Nie wieder Fleisch« verweisen, die sich im Internet kostenfrei sehen läßt.

Mit Hinweis auf wirtschaftliche »Realitäten« und einen vielleicht gut gemeinten, aber wie gezeigt in vielerlei Hinsicht völlig verkürzten, verzerrten und falschen Begriff von Sozialverträglichkeit ein Plädoyer für die »industrielle Tierproduktion« abzugeben, ist in meinen Augen angesichts des damit einhergehenden massiven Leides für Tiere, Menschen und Umwelt absolut unbegreiflich und unfäßbar! Billiges Fleisch hat immer seinen Preis!

Dr. NICO CONRAD

## Ein gutes Frühstück...

**Eberswalde (bbp).** »Ein gutes Frühstück ist das Sprungbrett in den Tag«, sagt Jenny Wörpel vom Eltern-Kind-Zentrum in der Kita »Arche Noah« im Brandenburgischen Viertel. Als im Frühjahr bekannt wurde, daß eine ganze Reihe von Kindern ohne Frühstück in die Kita kommen, hatte der Rumpelstielzchen e.V. auf die Schnelle ein Frühstück für 30 Kinder der »Arche Noah« organisiert. Inzwischen gibt es dort das Projekt »Gesundes Frühstück«. Dabei geht es nicht einfach um ein Frühstücksangebot, sondern um den Erwerb eines »Ernährungsführerscheins«.



Unter Anleitung bereiten vier bis fünf Kinder an jedem Morgen zwischen 8 und 9 Uhr in der Eltern-Kind-Kochwerkstatt der Kita selbst ihr Frühstück zu. Einmal in der Woche ist Familienfrühstück. Eltern und Frühstückskinder bereiten gemeinsam das Frühstücksmahl vor. Kenntnisse einer gesunden Ernährung werden vermittelt und mit in das Elternhaus genommen. Eltern und Kinder setzen sich mit dem eigenen Eß- und Kochverhalten auseinander.

Die Eltern werden motiviert, das Frühstück gemeinsam mit ihren Kindern auch Zuhause mit gesunden Lebensmitteln zuzubereiten. Ihnen wird Wissen vermittelt, warum das Frühstück so wichtig ist. Gemeinsam wird der Weg vom Korn zum Brot erforscht und entdeckt. Bei der Zubereitung erfahren die Teilnehmer, was es bedeutet zu messen, zu rühren, zu würzen. Sie lernen kalkulieren und erfahren, wo es regionale Produkte gibt. Sie lernen, daß eine Mahlzeit nicht nur Hunger stillt, sondern ein Kulturereignis sein kann, das mittels Tischgestaltung, Raumatmosphäre oder bestimmter Rituale Spaß macht statt Streß.

Für das Frühstücksprojekt nutzen die Kinder auch das Kräuterhochbeet und die Naschmeile – Projekte, die mit Unterstützung des Programms »Soziale Stadt« in der Kita »Arche Noah« umgesetzt wurden und sich dort großer Beliebtheit erfreuen.

Das auf 15 Monate konzipierte Projekt kostet insgesamt 3.339,50 Euro. Davon sind 100 Euro als monatliche Aufwandsentschädigung für die Betreuung und jeweils 0,61 Euro für die tägliche Lebensmittelportion eines Teilnehmers kalkuliert.

## Europäischer Sozialfonds

Armutsbekämpfung und Bildung

Das Europäische Parlament in Straßburg hat am 20. November das Verhandlungsergebnis für die Verordnung des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2014-2020 zwischen dem Europäischen Parlament und der litauischen Ratspräsidentschaft mit breiter Mehrheit unterstützt.

Die neue ESF-Verordnung ist ein großer Erfolg des Parlaments. Wir haben dafür gesorgt, daß der ESF in Zukunft einen breiten Ansatz der Armutsbekämpfung unterstützt, der Chancengleichheit und Teilhabe an der Gesellschaft umfasst und nicht allein die direkte Integration in den Arbeitsmarkt fördert. Gegen den Widerstand der Mitgliedstaaten haben wir erreicht, daß mindestens 20 Prozent des ESF für Armutsbekämpfung reserviert werden. Für Deutschland bedeutet das, daß die Fördergelder sich nicht nur auf die Programme der Bundesagentur für Armut reduzieren, sondern daß Brandenburg die Möglichkeit hat, beispielsweise Projekte der Sozialen Stadt breit zu fördern.

Gleichzeitig kann der ESF im Bildungsbereich eingesetzt werden. Denn ESF-Gelder sollen den Mitgliedsstaaten dabei helfen, mit vorbeugenden Maßnahmen die Schulabbrecherquote zu senken. Damit können Schul- und Kindergartenprojekte mit qualifiziertem Personal ausgestattet werden. Mit diesem bereiten Förderansatz ist es möglich, endlich die Vererbung von Armut, die in Deutschland immer mehr zunimmt, wirkungsvoll zu durchbrechen. Ich hoffe sehr, daß Brandenburg diese neuen Möglichkeiten der EU intensiv nutzt und innovative Sozialprojekte unterstützt.

ELISABETH SCHROEDTER

## Neue Spielgeräte

**Eberswalde (bbp).** Auf dem Spielplatz an der Schorfheidestraße im Brandenburgischen Viertel wurde Ende Oktober eine neue große Kletterturmkombination aufgestellt. Der alte Kletterturm war stark abgenutzt. Das gilt auch für die Dreierschaukel, die Anfang November ausgetauscht wurde. Die Erneuerung der beiden Geräte kostete fast 21.600 Euro. Auch auf dem Spielplatz »Barnimpark« an der Potsdamer Allee ist ein kleinerer Kletterturm mit Rutsche komplett ersetzt worden. Hier investierte die Stadt knapp 7.100 Euro. Weitere 3.100 Euro kostete die Erneuerung der Doppelschaukel auf dem Spielplatz an der Rheinsberger Straße.

Ortsvorsteher Carsten Zinn freut sich über die erneuerten Spielgeräte und hofft, »daß diese begrüßenswerten städtischen Neuinvestitionen im Ortsteil nicht sofort Opfer von Vandalismus, besonders aus den Reihen von älteren Jugendlichen und Jungverwachsenen werden«. Der Ortsvorsteher ruft die unmittelbaren Anwohner, insbesondere die Eltern der dort spielenden Kinder auf, »immer einen Blick auf die neuen Spielgeräte zu haben und dafür zu sorgen, daß die Kids damit pfleglich umgehen«.

## Mehr Menschen, höhere Kosten

oder was man aus einer Studie so alles lernen kann (Teil 1)

**Wer diese Überschrift liest, der zweifelt keinen Augenblick: Ja so ist das, jeder hat das schon selbst erfahren. Wer seinen Geburtstag mit einer großen Familie, also vielen Menschen, feiern will, der muß tiefer in die Tasche greifen, als wenn er nur eine Schwester hat, die zur Feier kommt. Die Versammlung eines großen Vereins wird deutlich teurer als etwa ein Klassentreffen, einfach weil mehr Menschen essen, trinken und schlafen wollen. Eine Saalrunde in einer großen Gaststätte wird wesentlich teurer als in der kleinen Kneipe um die Ecke. Weitere Beispiele kennt jeder selbst. Mehr Menschen verursachen höhere Kosten, logisch!**

Am 10. September 2013 stand in der Berliner Zeitung ein kurzer Beitrag. Er war überschrieben: »Höhere Kosten durch weniger Menschen«. Das hat mich interessiert und deshalb habe ich ihn gelesen. Die ersten drei Wörter lauteten: »Der demographische Wandel«. Nun wurde ich richtig neugierig.

Kluge Leute – ich zweifle nicht daran, daß diese Leute klug sind – haben herausgefunden: »Je weniger Menschen in einer Region leben, desto teurer wird die Versorgung«. Der das geschrieben hat oder hat aufschreiben lassen heißt Reiner Klingholz. Dr. Klingholz ist Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Die Studie, in der das geschrieben steht, heißt »Vielfalt statt Gleichwertigkeit«. Ich habe die Studie aufmerksam gelesen.

Offensichtlich versteht der Mann unter höheren Versorgungskosten die Kosten für eine Institution, die wir »Staat«, freundlicher »Vater Staat« nennen. Nun weiß ich nicht, wo die Leute aus Berlin ihre Erfahrungen gesammelt haben, im naheliegenden Brandenburg wahrscheinlich nicht, da stimmt das nicht so ganz.

Nehmen wir zunächst die Versorgung mit Lebensmitteln und den Dingen des täglichen Bedarfs. Der letzte Tante-Emma-Laden im Dorf, der Bäcker, der Fleischer, die Apotheke, der Kurzwarenladen, das Wäschegeschäft und der Laden für Haushaltsgeräte haben – wenn es sie überhaupt gegeben hat – schon vor Jahren dicht gemacht, um Kosten zu sparen. Diese Läden haben sich nicht mehr »gerechnet«, wie das im Wirtschaftsjargon heißt. Von höheren Kosten für den Staat also keine Rede. Die hat nur der Dorfbewohner, der zum Einkauf jetzt in die Stadt fahren muß.

Sehen wir uns die Energieversorgung an. Wer hat hier höhere Kosten? Die Energieversorger, also die Händler mit Gas, Heizöl, Benzin und Elektroenergie jedenfalls nicht. Höhere Kosten hat der Dorfbewohner, der etwas weiter fahren muß, um zu tanken. Den weiteren Anfahrtsweg für Heizöl bezahlt er auch selbst. Wenn es keine Gasleitung gibt, dann muß er sich von weither Flaschengas holen oder auf Holzfeuer kochen. Bei Elektroenergie spielt es keine Rolle, wo man wohnt, denn Verteilerstationen sind überall nicht weit entfernt. Vielleicht gibt es ja sogar Strom von der Photovoltaik-Anlage auf dem eigenen Dach oder dem Windrad in Sichtweite.

Drittes Beispiel sollen Bildung und Gesundheitsversorgung sein. Die Schule auf dem Dorf ist längst dichtgemacht worden, aus Kosten-

gründen. Hier hat der Staat also gepart und erspart jedes Jahr neu. Der Landarzt, den es mal gab, ist seit vielen Jahren schon im Ruhestand. Zur Schule und zum Arzt muß man also in die Stadt fahren und die Kosten trägt wieder der Dorfbewohner.

Diese Beispiele lassen sich noch fortsetzen, wenn ich nur mal daran denke, daß es auf dem Dorf natürlich auch keine Post mehr gibt und auch keine Bank oder Sparkasse, oft nicht mal einen Geldautomaten, weil angeblich nicht einmal der sich lohnt. In all diesen Fällen hat der Staat keine höheren Kosten, weil er auf Kosten der Bürger gespart hat. Von einem anspruchsvollen Sport- und Kulturangebot habe ich noch nicht geredet – auch weil sich darüber die Studie fast ausschweigt.

Wenn ich an das übliche Lamento zur Unterhaltung der Straßen denke, dann werden meine Augen nicht ein bißchen feucht. Wir zahlen doch Steuern und das nicht gerade knapp! Natürlich lohnt sich ein Straßenausbau und die Unterhaltung der Straßen mehr, wenn die Gegend dicht besiedelt ist, aber dort werden die Straßen ja auch stärker beansprucht.

Für einen milliardenschweren, bundesweiten Instandhaltungsstau muß man im reichen Deutschland kein Verständnis haben. Aber bei Kreis- und Gemeindestraßen sieht es ja nicht viel besser aus! Bei den öffentlichen Haushalten wird gespart. Etwas anders ist das, wenn man die Bürger beteiligen kann. Dr. Klingholz weiß vielleicht, oder vielleicht auch nicht, daß in Brandenburg, anders als in Berlin, die Bürger kräftig zur Kasse gebeten werden, wenn es darum geht, eine Gemeindestraße grundhaft auszubauen. Reparaturen, die aus Steuermitteln zu finanzieren wären, sind de facto schon seit Jahren abgeschafft. Es heißt: Die Kassen sind leer. Und wo ist das Geld geblieben, bei immer höheren Steuern und steigenden Steuereinnahmen? Ich sage es ihm: Das Geld bleibt in den aufgeblähten Verwaltungen hängen und seine Studien sollen ja auch bezahlt werden. Das weiß Dr. Klingholz natürlich.

(Zwar finanziert das Berlin-Institut seine Arbeit aus Stiftungsgeldern und erhält nach eigenen Angaben keine öffentliche Förderung. Aber woher kommt denn das Geld der Stifter? Es ist doch üblicherweise das Produkt von Steuersparmodellen, d.h. es handelt sich um Steuern, die der Allgemeinheit trickreich vorenthalten wurden.)

JOHANNES MADEJA  
(Fortsetzung folgt)

# Leichte Verletzungen

oder Die Sorge um den guten Ruf

»Die NSDAP vergißt nie!« brüllten Jungnazis, und dann schlugen sie auf Gäste der Ostrauer Jugendherberge ein. Hamburger Schüler waren in die Sächsische Schweiz gekommen, um sich die zauberhafte Landschaft wandernd zu erschließen. Und eines Abends besuchten sie ein Volksfest unweit ihrer Unterkunft. Das mißfiel einer Gruppe brauner Schläger, die unter den Vierzehnjährigen aus dem Norden ein paar Ausgemacht hatten mit undeutschem Aussehen. Ein Junge asiatischer Herkunft wurde provoziert, verfolgt und vor den Augen glotzender Volksfestgäste übel zugerichtet.

Danach passierte das, was im »Freistaat« so selten nicht ist – es wurde abgewiegelt. Im Polizeibericht war die Rede von »leichteren Verletzungen«, die der Junge davongetragen habe. Klingt nach Hautabschürfung und Nasenbluten. Die Wahrheit ist: Ihm wurde der Kiefer gebrochen, und ihm wurde das Jochbein zertrümmert. Das kam erst ans ohnehin trübe Licht, als sich Hamburger Mediziner des Opfers annahmen.

Der (parteilose) Bürgermeister von Bad Schandau, zu dem das idyllische, stellenweise heimattümelnd-kitschig herausgeputzte Ostrau gehört, hatte noch zehn Tage nach dem Verbrechen nichts von einem rechtsradikalen Hintergrund erfahren, räumte aber im »Sachspiegel« des MDR ein, daß, falls und wenn und wenn und falls es den gegeben haben sollte, das nicht gut sei für das Image der Stadt von wegen der Touristen...

Der Ruf und die Besucher – die alte Leier. Nicht die Braunen sind das Problem, das Problem bescheren uns andere, auf die wir leider aber – der Kasse wegen – angewiesen sind. Mehr als ein versteckter Appell an die Draufdrescher, es nicht ganz so dolle zu treiben, ist ein derartiges Statement nicht. Es ist wie in der Gerichtsparodie, die der Ursachse Reimann verfertigte und in der er einen Angeklagte sagen läßt: »Ich bitte um mildere Umständlichkeit, weil ich das meinige Weib nie gehauen habe, wenn wir Besuch hatten...«

Was hier nur komisch zu sein scheint, wird, wenn ein freistaatlicher Kommunalpolitiker ähnlich plappert, zum speireizauslösenden Dummheitsnachweis. Abgesehen davon, daß ihm, »bezüglich« seines Ortsteils Ostrau, ein Lichtlein hätte aufgehen müssen, wenn der im Zusammenhang mit Neunazis genannt wird.

An einer feinen, ideal gelegenen Klinik daselbst praktiziert seit Jahren ein strammer NPD-Mann als Oberarzt. Es gab mal einige

Aufregung, der Wolf fraß ein bisschen Kreide, und das war es denn auch.

Am 15. September trat »Mutti« auf dem Dresdner Neumarkt auf, von der DDR-Ex-Rockerin Petra Zieger im Vorprogramm als »Superfrau« besungen. Das späte Mädchen – Geld stinkt nicht – hampelte sogar von der Bühne weg durch die Reihen der Zuschauer und forderte sie auf, die »Angie«-Poster zu recken, was, angesichts des späteren Wahlergebnisses, gar nicht nötig gewesen wär. Dann kam Tillich, der Mutti mit Frau Bundeskanzlerin Doktor Merkel anredete, dann ließ der Drohnenkönig wissen, er wolle unter keiner anderen was vergeben als unter ihr, dann die Halbgöttin im Hosenanzug. »Wachstum, starkes Deutschland, Freiheit für die, die keinen Gemüsetag wollen...« Das Übliche.

Leib und Leben der Parteispitzen der Schwarzen sicherten sehr muskulöse Herren in schwarzen Overalls ab. Auf dem Rücken der bulligen Typen prangte, weiß auf schwarz, »Thor Steinar«, eines der Logos einer textilen Nazifirma, die aus der Einkleidung Rechtsradikaler immer mehr Profit zieht. »Angie« hat das natürlich nicht mitbekommen. Aber unter den 4000 Merkelianern, die das Großereignis heimsuchten, muß es ein paar Unblinde gegeben haben, die die Presse über die dunklen Gesellen informierten. Es stellte sich heraus, daß die Dresdner CDU den Personenschutz an einen Parteigenossen delegiert hat. Und der habe von allen seiner Gorillas polizeiliche Führungszeugnisse verlangt. Alles in brauner Butter.

Möglicherweise waren es die gleichen Ordnungshüter, die dem mißhandelten Hamburger Knaben »leichte Verletzungen« attestierten. »Deutschland ist auf einem guten Weg«. So die letzten Worte der Kanzlerin in Dresden (und fast überall, wo sie zu uns spruch).

Na freilich.

Dr. STEFFEN PELTSCH

# Solarstrom-Abnehmer gesucht

Das Schloß in Trampe könnte ein Solarstromabnehmer sein

**Trampe (beg).** Auf vier Dächern produziert der Landwirt Holger Lampe aus Trampe seit November 2013 Solarstrom. 300 kWp installierte Leistung produzieren Strom, der den Jahresbedarf von 105 Haushalten decken könnte.

Ein Drittel des Stromes kann die Agrargenossenschaft Trampe e.G. selbst nutzen, weitere zwei Drittel möchte Landwirt Lampe gern an das gegenüberliegende Schloß abgeben.

Derzeit befinden sich eine Kindertageseinrichtung und Wohnungen im Schloß. Perspektivisch soll das Areal zu einem Gemeindezentrum für die Gemeinde Breydin, zu der Trampe gehört, erweitert werden. Noch in diesem Jahr werden Möglichkeiten geprüft, den Strom auf die gegenüberliegende Straßenseite zu transferieren und für Beleuchtung oder sogar die Wärmeversorgung zu nutzen.

# Pokale vergeben

Mareen Wendlandt vom SV Motor Eberswalde hat es endlich auch bei den Erwachsenen geschafft. Nach vielen guten Ergebnissen bei den bisherigen Barnimer Sportlerwahlen war sie bei der 8. Sportgala des Kreissportbundes 2013 erneut erfolgreich. Mit neuem persönlichen Outfit setzte sich die Lehramtsstudentin erstmalig erfolgreich bei den Damen (Ü18) durch. Den Siegerpokal überreichten Landrat Bodo Ihrke, Sparkassenvorstand Uwe Riediger und der Vorsitzende des Kreissportbundes Barnim (KSB) Ferdinand Kühn.

Auch bei den Männern stand ein Kraftdreikampfsportler vom SV Motor auf dem Treppchen. Der Europameister von 2013 in seiner Altersklasse Roland Asmus mußte sich nur der Finower Tischtennislegende Siegfried »Egon« Lemke geschlagen geben. Der Seniorenweltmeister, mittlerweile im stolzen Alter von 74 Jahren, konnte den Siegerpokal leider nicht persönlich entgegennehmen, da er wenige Tage vor der Sportgala einen Herzinfarkt erlitt. Die Teilnehmer der 8. Barnimer Sportgala sandten mittels starkem Beifall herzliche Genesungswünsche ins Krankenhaus. Der Sieg sollte aktiv und motivierend zur schnellen Genesung beitragen, so daß »Egon« bald wieder an der Platte glänzen und zahlreiche sportliche Gegner zur Verzweiflung treiben kann.

KLAUS BARGLOW

# Eberswalde forstet auf



Aufforstung am Dr.-Zinn-Weg: Rita Schurtz mit Pflanzhelfern der Werkstatt Blütenberg

**Eberswalde (prest-ew).** Bevor der Winter mit Eis und Schnee in Eberswalde einbricht, sollte der Bereich »Alter Parkplatz – Bauamt« am Dr.-Zinn-Weg aufgeforstet und neu bepflanzt werden. Am 6. Dezember wurde die Bepflanzung und Waldrandgestaltung in Eberswalde Nordend abgeschlossen. Dort waren in enger Kooperation von Stadtforst und Hoffnungsthaler Werkstätten in den vergangenen Tagen 8500 Roteichen, Weißdorne und andere Gehölze gepflanzt worden.

»Die Stadt ist bestrebt, ihre Waldfläche zu erhalten und mit solchen Erstaufforstungen die Abholzung durch Straßen- oder Brückenbau auszugleichen«, erklärt Stadtförster Mattes Krüger. Insgesamt wurden im zurückliegenden Jahr zehn ha Stadtforst verjüngt, 75.000 Bäume und Sträucher gepflanzt. Die 69.000 Laubgehölze und 6.000 Nadelbäume dafür kamen alle aus der Baumschule Großthiemig.

# ... beim Hungern und beim Essen – die Solidarität

Schallplatten und Bücher als Boten der Kontinente. Erinnerungen (1)

**Solidaritätsbewegungen in der DDR hatten vielfältige Anlässe und Formen. Sie waren Reaktionen auf Naturkatastrophen. Sie unterstützten Befreiungsbewegungen in den damaligen Kolonien, die Abwehr bei Überfällen der Kolonialmächte auf junge Staaten, politisch Verfolgte und Emigranten. Hilfe umfaßte Industriegüter, Nahrungsmittel, Material für Schulen, aber auch Einsatz von medizinischem Personal und anderen Spezialisten (etwa Lotsen in Ägypten, als westliche Lotsen den verstaatlichten Sueskanal boykottierten). Die Geschichte des Solidaritätsgedankens in der DDR muß noch geschrieben werden. Hier soll nur – aus eigenem Erleben des Autors – an Beispielen auf Auswirkungen der Solidaritätsbewegungen eingegangen werden, die dem Kulturleben in der DDR und seiner Weltoffenheit zugute kamen. Solidarität mit Verfolgten und Unterdrückten bereichert eigenes Erleben, wenn man bereit ist, kulturelle Gaben anderer anzunehmen. Das macht dieses Thema in unserer Zeit der Migration und aufflackernder Fremdenfeindlichkeit aktuell.**

An meinem Studienort Rostock kamen die Menschen nach Ende des Koreakrieges (1953) erstmals mit jungen Gästen aus dem fernen Nordkorea in Berührung, die in den Großbetrieben ihre Ausbildung erhalten sollten. Rostock sollte speziell dem schwer zerstörten Hafen Wonsan an der Ostküste der Volksrepublik helfen.<sup>1</sup> Damals gastierten auch linke Künstler in der DDR, die durch die Kommunistenthysterie des Kalten Krieges in ihrer Heimat betroffen waren. In der Konzertreihe »Stunde der Musik« der Konzert- und Gastspieldirektion der DDR brachte der Negerbariton<sup>2</sup> Aubrey Pankey 1957 Spirituals in Rostock zu Gehör. Die niederländisch-jüdische Sängerin Li Jaldati und ihr Mann, der Pianist Eberhard Rebling, traten dort auf. Später brachte der VEB Deutsche Schallplatten Singles mit Pankey bei Eterna heraus.

## Paul Robeson – Stimme der Schwarzen

Du mischst dich ein / in mein Leben  
Mister oder Miß Allwissend

Als ob es deines wär / als ob du ich wärst<sup>3</sup>

Ein krasses Beispiel politischer Verfolgung und Verletzung von Menschenrechten in den USA des McCarthyismus war der »Fall« Paul Robeson. Der international geachtete schwarze Bariton war seiner bewunderten Stimme wegen vor der Flut der Kommunistenthetze in den USA ein erfolgreicher Konzertsänger und Schauspieler. Plötzlich boykottierten ihn Film- und Plattenfirmen, Konzertagenturen, Vermieter von Konzertsälen. Nicht nur in den USA wurde sein Auftreten unmöglich. Der Entzug seines Passes verhinderte Konzertreisen ins Ausland. Was war sein »Verbrechen«? Der gefeierte Sänger, zu dessen Konzerten Tausende

strömten, war auch einer der bekanntesten und entschlossensten Sprecher für die Gleichberechtigung der Rassen. Gleichheit nicht irgendwann, Gleichheit sofort, verlangte der Sohn eines Pastors und ehemaligen Sklaven bei jeder Gelegenheit. Gut bekannt mit bedeutenden Führern der Unabhängigkeitsbewegungen Nigerias, Ghanas und Indiens, forderte er auch sofortige Unabhängigkeit der farbigen Kolonialvölker. Da er dafür die UdSSR und die Volksrepublik China als Verbündete ansah (wie das auch andere antikoloniale Führer taten), war das Maß voll. Dem »Roten« mußte man das Maul stopfen, ihn hatte es nicht zu geben in der »Freien Welt«.

Die Robeson Story endete mit einer mächtigen Blamage Washingtons. Es begann mit großen Konzerten an der kanadischen Grenze (»Wenn Robeson nicht kommen kann, gehen wir zu ihm«). Dann organisierten britische Freunde via Seekabel »Telefonkonzerte« von New York nach London und Wales (sie dürften zu den frühesten transatlantischen Live-Übertragungen gehören). Schließlich wurde kein geringerer als Indiens Ministerpräsident Nehru, einer seiner persönlichen Freunde, deutlich: Robeson sei »ein Märtyrer für die Sache der Menschenwürde«. Nach seinem 60. Geburtstag (1958) erhielt er seinen Paß zurück.<sup>4</sup>

Daß eine triumphale Reise nach London und Moskau folgte, hätte sich Washington ausrechnen können... 1964 erschien bei Eterna (mindestens) eine LP mit Robeson. Die Label Melodija (UdSSR) und Supraphon (CSR) waren schneller. Deren Platten erstand ich noch vor 1960.

ROLF RICHTER

1 – Nach anderer Quelle hat die DDR besonders den Wiederaufbau der Industriestadt Hamhung unterstützt (Ingeborg Göthel, Geschichte Koreas. VEB Verlag der Wissenschaften Berlin/DDR 1978, S. 313 u. Abbildungsteil.

2 - Hier wird das Wort Neger verwendet, das manche irrtümlich als diskriminierend (miß-)verstehen. Ohne jegliche Herabsetzung besagt es nur, daß so Bezeichnete eben schwarz sind. Ursache des Irrtums ist wohl der Umstand, daß sich vom amerikanischen "negro" das Schmähwort "nigger" ableitet.

3 – Aus: R. T. Dempster (Liberia), Laß mich selbst sein. In: Feuer und Rhythmus. Gedichte aus Afrika. Berlin/DDR 1963.

4 – Paul Robeson, Mein Lied – meine Waffe (Originaltitel: Here I stand), Berlin/DDR 1958.

In meiner Hütte aus Holz und Zink  
schalte ich das Radio an, hör selbstvergessen zu ...  
Und Robeson und Marian singen für mich  
Negro Spirituals aus Harlem:

Let my people go  
– o laß ziehn mein Volk,  
laß mein Volk ziehn –,  
singen sie.

Meine Augen stehn offen, ich kann nicht mehr schlafen.  
Anderson und Paul füllen mich aus,  
und ihre Stimmen sind nicht süß einschläfernd:  
Let my people go.

Schreiben werde ich, werde schreiben,  
mit Robeson und Marian werde ich rufen:  
Let my people go –  
O laß ziehn mein Volk.

Aus: Noémia de Sousa, Laß ziehn mein Volk. In: Gedichte aus Moçambique. Leipzig 1979. Im Gedicht sind Paul Robeson, die schwarze Sängerin Marian Anderson und das Spiritual »Go down Moses« gemeint, das sich auf die Befreiung des Volkes Israel aus der ägyptischen Knechtschaft bezieht.

## Agrarausbildung erhalten!

Mit Sorge verfolgen wir die Diskussion um die Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) in eine gemeinsame Fakultät mit anderen Fachbereichen wie Biologie und Psychologie.

Gerade erst hat die Bundesregierung in ihrem Bericht zum Stand der Deutschen Einheit die Bedeutung der Agrarwirtschaft für die ländlichen Räume Ostdeutschlands hervorgehoben. Die HU bietet den einzigen universitären landwirtschaftlichen Ausbildungsgang in unserer Region. Dort wird jungen Menschen Wissen über die moderne, umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion vermittelt und über wichtige Themen wie Klimaanpassungen der Landwirtschaft geforscht.

Für den Fachkräftenachwuchs in Brandenburg und darüber hinaus kommt der Fakultät eine große Bedeutung zu. Die Brandenburger Landesregierung setzt sich gemäß Koalitionsvertrag für den Erhalt der Fakultät ein.

Strukturelle Entscheidungen der Universität dürfen nicht dazu führen, daß die landwirtschaftlich-gärtnerische Ausbildung und Forschung, die dann nicht mehr eigenständig wäre, geschwächt wird. Wir appellieren an den Akademischen Senat der HU, das bei seinen Entscheidungen abzuschern. Aus fachlicher Sicht wäre eher ein engerer Forschungsverbund mit fachverwandten Bereichen an anderen Hochschulen wünschenswert und effizient, etwa mit der Veterinärmedizin an der Freien Universität Berlin und der Lebensmitteltechnologie an der Technischen Universität.

Dr. MICHAEL LUTHARDT  
und Dr. WOLFGANG ALBERS

Wer heutzutage vom Soli-Beitrag spricht, denkt sofort an Steuern und Abgaben. Zu DDR-Zeiten war der Begriff Soli-Beitrag positiv besetzt und gehörte zur Selbstverständlichkeit eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes.



Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 2)

## Vom Eigentum und der Macht

von Dr. Rainer Thiel

**Was wurde uns bei der jüngsten Bundestagswahl an Auswahl angeboten? Sichtbar nichts, fast nur bla bla auf bunten Plakaten. Kein Ausweg aus der Krise wird geboten.**

Wir begannen in Teil 1, uns Auszüge aus dem Grundgesetz GG anzusehen. Da fanden wir bewahrenswerte Substanz. Diese wollen wir uns nicht nehmen lassen. Nun setzen wir fort mit Artikel 14:

(1) *Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch Gesetze bestimmt.*

(2) *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*

(3) *Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig..... »*

Das hört sich gut an. Die Erde gehört uns allen, das Land, die Gewässer, die Berge, die Bodenschätze und die Luft. »Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* <als gute Familienväter> den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.« (Karl Marx, MEW Band 25, Seite 784) Doch vor langer Zeit schon haben mächtige, meist auch gewalttätige Menschen die Erde stückweise in »Besitz« genommen. In Besitz! Ist »Besitz« gleich »Eigentum«? Schauen wir in Bertelsmann NEUES Lexikon in 10 Bänden, Gütersloh 1995. Da lesen wir:

*Besitz, im bürgerl. Recht (§§ 854ff. BGB) die tatsächliche Herrschaft einer Person über eine Sache, zu unterscheiden vom Eigentum...*

Und was lesen wir dort über »Eigentum«? Zunächst ist immer wieder die Rede vom Eigentum an Sachen. Auch ich habe Eigentum an Sachen: Ein kleines Grundstück, darauf ein Eigenheim, ca. 100 Quadratmeter Grundfläche, drinnen Möbel, darin Gebrauchsgegenstände, und in Regalen viele Bücher. Mehr kann und will ich an Sachen nicht haben. Mehr wäre mir lästig. Nur noch mehr Bücher

kaufe ich mir von meiner Rente. Notfalls kann ich Bücher in einer öffentlichen Bibliothek ausleihen. GG Artikel 14 – siehe oben – ist für mich kein Problem.

Doch jetzt erst sehe ich, daß unter »Eigentum« im Lexikon zwei weitere Abschnitte stehen. Zum Stichwort »Eigentum« steht unter 2): »über 1) hinaus auch die Herrschaft über Vermögensrechte aller Art.« Donnerwetter! »Herrschaft über Vermögensrechte«. Was ist denn das?

Endlich geht mir ein Licht auf: Es gibt doch große Fabriken, Industrie-Werke, Bergwerke, Kraftwerke, Verbände von Industrie-Werken, aufgebaut und gemeinsam betrieben durch viele Menschen, die nicht als Eigentümer gelten. Aber im Lexikon – Stichwort »Eigentum« – heißt es im Abschnitt 2: »über 1) hinaus auch die Herrschaft über Vermögensrechte«!!! Ich lese wieder und wieder und verstehe endlich: Über das Eigentum an Sachen hinaus geht die »Herrschaft über Vermögensrechte«.

Also Herrschaft über Vermögensrechte geht über das Eigentum an Sachen hinaus, wird aber – trotzdem alledem – unter »Eigentum« abgehandelt, als wäre es Eigentum. Geht das nicht ein bißchen durcheinander? Immerhin wird verwiesen auf einen »Gesetzesvorbehalt«. Gemeint ist Artikel 15 GG, der von »Vergesellschaftung« handelt. Darauf kommen wir bald zurück.

Schließlich gibt es einen 3. Abschnitt zum Stichwort »Eigentum«. Daraus läßt sich schließen, daß auch »Verfügungsmacht« über Wertpapiere als Eigentum gilt. Immerhin ist vorangestellt »Wirtschaft: die nur durch die vom Staat gesetzte Rechtsordnung eingeschränkte Verfügungsmacht über Wirtschaftsgüter .....« Also, durch die Rechtsordnung eingeschränkte Verfügungsmacht. Das beruhigt mich fürs erste.

(Fortsetzung folgt)

## Mehr Jobs – mehr Armut

Vor der Wahl schmückte sich die alte Bundesregierung gerne mit dem deutschen »Beschäftigungswunder«. Die Rekorde in der Statistik verzerren aber die Realität. Es werden nicht mehr Stunden gearbeitet als etwa im Jahr 2000, die Arbeit wurde nur umverteilt: Die Unternehmen zerlegten Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeit- oder Minijobs.

Jetzt bestätigt auch das Statistische Bundesamt: Trotz Beschäftigungsboom sind immer mehr Menschen von Armut bedroht. 2011 waren es 16,1 Prozent der Bevölkerung, 2007 15,2 Prozent. Besonders stark stieg das Armutsrisiko bei den 55- bis 64-Jährigen. Hier ist wie bei den 18- bis 24-Jährigen ein Fünftel bedroht.

Und immer mehr können sich aus der Armut nicht mehr befreien. 40 Prozent sind seit mindestens fünf Jahren arm. 2000 waren es noch 27 Prozent. Zugleich ist die Ungleichheit bei den Einkommen 2011 wieder deutlich angestiegen. Seit ihrem Höchststand 2005 war sie etwas zurückgegangen. »Sozial ist, was Arbeit schafft« stimmt also nicht. Auf Qualität und Bezahlung kommt es an. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist ein Grundstein für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Er muß aber hoch genug sein, für alle gelten und regelmäßig steigen. Wir sind noch lange nicht am Ziel. Jetzt müssen wir dranbleiben.

Ver.di, Bereich Wirtschaftspolitik

## Ein kläffender Hofhund

Der verbrecherische menschenfeindliche Kapitalismus als herrschendes System in unserem sogenannten »Rechtsstaat« BRD verblödet auf hinterlistige Art und Weise seine Bürger.

Dies kam jüngst in der mit öffentlichen Mitteln geförderten Stadtteilzeitung im Brandenburgischen Viertel »WiR« mal wieder an die Oberfläche. Dort zog der presserechtlich verantwortliche H.-G. Pertzsch in übelster Weise über Max Reimann her, fordert die Schleifung des Max-Reimann-Denkmal und die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft.

Max Reimann, seit 1948 Vorsitzender der KPD, erkannte rechtzeitig das Verbrechergesindel der Antikommunisten in der BRD unter Adenauer. Der Hitlernachfolgestaat war zahlreich mit Altnazis in führenden Positionen durchsetzt. Die 1956 in die Illegalität getriebenen Kommunisten standen in der BRD oft vor den gleichen Richtern wie ein paar Jahre vorher im »Tausendjährigen Reich«.

Die KPD gibt es trotz des rechtswidrigen Verbots noch heute. Auch wenn das Leuten wie Pertzsch nicht paßt. Die Partei wurde 1990 in der DDR neu gegründet. Sie führt die Traditionen der 1918 durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands und deren Vorläufer, dem Spartakusbund, getreu den Lehren von Marx, Engels und Lenin fort.

Das Lenin-Denkmal, das man jetzt auf dem Gelände des Finowfurter Luftfahrtmuseums finden kann, stand übrigens nicht, wie Pertzsch glauben machen will, auf dem Leninplatz in Finowfurt. Das Denkmal hatte bis 2002 seinen Platz auf einem damals schon abgerissenen Teil des sowjetischen Kasernengeländes an der Bernauer Heerstraße.

Der »ewig Gestrige«, wie ihn Pertzsch nennt, der jeden ersten Montag im Monat am Denkmal von Max Reimann steht, ist übrigens der 2. Vorsitzende der KPD im Land Brandenburg. Neben Pertzsch bemerken ihn dort viele andere Menschen. Sie sehen neben der DDR-Fahne auch die rote Fahne mit den Bildnissen von Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck, als Ehrenbanner des ZK der SED verliehen. Auch die Zeitung »Rote Fahne«, die es seit 1990 wieder gibt mit tausenden Lesern, die sich vom Hitlernachfolgestaat weder verblöden noch belügen lassen wollen, bekommt man dort lesen.

Was Pertzsch anbelangt, so taugt er übrigens nur bedingt als Hofhund derjenigen, die sich nach 1990 zum »Sieger der Geschichte« ernannt haben. Das Kläffen beherrscht er ganz gut. Aber er scheint unfähig, sein erschreckendes Unwissen wenigstens ein bißchen aufzuhellen. Er hätte nur seine Geldgeber fragen brauchen um zu erfahren, daß es zu den ersten schändlichen Aktionen des sozialdemokratischen Nachwendebürgermeisters gehörte, den Namen Max Reimanns von der Eberswalder Ehrenbürgerliste zu streichen.

K. BLÄTTERMANN,

2. Vorsitzender der KPD Land Brandenburg

Vor 100 Jahren: Der Weg in die Katastrophe (III)

## »... ein Glück, wenn jetzt Blut fließt ...«

Die Zabernaffäre 1913/14

**In Zabern (französisch: Saverne), einer kleinen Stadt in Elsaß-Lothringen, sind im Herbst 1913 zwei Bataillone und der Stab des 2. Oberrheinischen Infanterieregiments Nr. 99 stationiert. Seit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 gehört Elsaß-Lothringen als „Reichsland“ zum Deutschen Reich. Die Mehrzahl der Bürger hat sich mit den neuen Herren arrangiert. Die Mehrheit der Elsaß-Lothringer war zwar der Erinnerung an die französische Vergangenheit treu geblieben, wollte aber keineswegs um den Preis eines Krieges zu Frankreich zurück. Ihr Ziel waren mehr Selbstverwaltungsrechte und ein eigener Bundesstaat.<sup>1</sup>**

Als am 6. November 1913 der »Zaberner Anzeiger« über einen Vorfall berichtete, der schon eineinhalb Wochen zurücklag, brachte das die Stimmung im »Reichsland« zum Brodeln: Am 28. Oktober hatte der gerade zwanzigjährige Leutnant Günter Freiherr von Forstner seine Soldaten während einer Instruktion über den Umgang mit der Zivilbevölkerung belehrt: Falls sie während des Stadtgangs von Zivilisten behelligt würden, dann sollten sie vom Seitengewehr Gebrauch machen. Der Leutnant wandte sich dann direkt an einen Rekruten, der wegen Messerstecherei vorbestraft war, und schnarrte: »Und wenn Sie dabei so einen 'Wackes' über den Haufen stechen, so schadet es nichts. Sie bekommen von mir dann noch zehn Mark Belohnung.« Der Korporalschaftsführer, ein Sergeant namens Höflich, stand dabei und fügte hinzu: »Und von mir noch drei Mark dazu.«<sup>2</sup>

»Wackes« bedeutet soviel wie »Strolch« und es war laut einem Regimentsbefehl von 1903 »strengstens« untersagt, das Wort zu gebrauchen. Einige junge Elsässer unter den Rekruten informierten den »Zaberner Anzeigers«. Sogar Statthalter Karl Graf von Wedel empfahl dem Kommandierenden General des XV. Armeekorps in Straßburg, Berthold von Deimling die Versetzung des Leutnants. Der General jedoch wies das in schroffer Form zurück. Seine Beförderung zum General hatte sich Deimling im grausamen Kolonialkrieg gegen die Herero in Deutsch-Südwestafrika »verdient«.

Leutnant Forstner war mittlerweile zum bestgehaßten Mann in Zabern geworden. Wann immer er sich außerhalb der Kaserne zeigte, bekam er spöttische Zurufe und höhnisches Gelächter zu hören. Daraufhin erhielten Forstner und auch die anderen Offiziere beim Gang durch die Stadt Begleitung durch Soldaten mit aufgeflepptem Bajonett.

Als am Abend des 28. November 1913 auf dem Platz vor der Kaserne einige Dutzend Demonstranten sich über die Uniformierten lustig machten, ließ Regimentskommandeur Reuter drei Züge Infanterie mit scharfer Munition und aufgeflepptem Bajonett ausrücken. Unter Trommelwirbel ließ er verkünden: Wenn der Platz nicht sofort geräumt werde, werde das Feuer eröffnet. Die Demonstrierenden gerieten in Panik. Die meisten rannten kopflos hin und her und die Soldaten ergriffen etwa 30 Personen, darunter viele Unbeteiligte. Sogar einen Richter, der zufällig des Weges kam, nahmen sie mit. Die Soldaten waren nervös, und sie

traktierten die Gefangenen mit Fußtritten und Kolbenhieben. Die ganze Nacht über blieben die Festgenommenen im Kohlenkeller der Kaserne eingesperrt. Ein herbeigeeilter Zivilbeamter beschwor den Regimentskommandeur, ein Blutvergießen zu verhindern. Doch der Oberst entgegnete: »Ich betrachte es vielmehr als ein Glück, wenn jetzt Blut fließt ... Ich habe jetzt das Kommando, ich bin es der Armee schuldig, Respekt zu verschaffen.«

Schon am 2. Dezember machte auch Forstner wieder von sich reden. Mit einem Trupp Soldaten marschierte er durch das nahegelegene Dorf Dettweiler, als ihn Arbeiter einer Schuhfabrik erkannten. Sie riefen ihm die Worte wie »Wackes-Leutnant« zu, die er auf den Straßen Zaberns ständig zu hören bekam. Forstner geriet in Wut und wollte die Arbeiter allesamt verhaften lassen, doch die suchten schnell das Weite. Nur ein neunzehnjähriger halblahmer Geselle wurde von mehreren Infanteristen gepackt. Da trat der Leutnant auf den Wehrlosen zu und hieb ihm mit dem Säbel über den Kopf.

Am 3. Dezember debattierte in Berlin der Reichstag über die Vorgänge in Zabern. Mehrere Redner prangerten das Treiben der Reuter und Forstner heftig an und erklärten, in Zabern bestehe eine »Militärdiktatur«.

Der aus Hohenfinow stammende Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg lavierte. Kriegsminister Erich von Falkenhayn, rechtfertigte das Vorgehen des Militärs in Zabern, was schließlich regelrechten Tumult im Reichstag auslöste. Als Bethmann Hollweg am nächsten Tag erklärte, er stehe »in vollem Einvernehmen mit dem Herrn Kriegsminister«<sup>3</sup>, nahm der Reichstag die schon am Vortag von der Fortschrittlichen Volkspartei beantragte Mißbilligung des Reichskanzlers mit 293 zu 54 Stimmen an.<sup>4</sup>

Laut Reichsverfassung von 1871 war der Reichskanzler aber nur vom Vertrauen des Kaisers abhängig. Und der war mit dem Vorgehen des Militärs durchaus einverstanden.

Immerhin wurden die beiden Bataillone des Infanterieregiments 99 auf einen Truppenübungsplatz verlegt und Verfahren gegen Leutnant Forstner und Oberst Reuter eingeleitet. Wegen des Vorfalls in Dettweiler am 2. Dezember wurde Forstner vom Kriegsgericht Straßburg wegen vorsätzlicher Körperverletzung und rechtswidrigen Waffengebrauchs zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt. Der allerdings legte Berufung ein und wurde vom Oberkriegsge-

richt am 10. Januar 1914 freigesprochen, weil er sich in »Putativnotwehr« gegen einen »vermeintlichen Angriff« befunden habe.<sup>5</sup> Am gleichen Tag wurde auch Reuter in dem Verfahren wegen Amtsanmaßung, Freiheitsberaubung und Nötigung freigesprochen.

Anders erging es den drei elsässischen Rekruten, welche die Presse über diffamierende Äußerungen Forstners informiert hatten. Diese Soldaten waren bereits am 11. Dezember 1913 wegen »Verrats von Dienstgeheimnissen« zu Arreststrafen von drei bis sechs Wochen verurteilt worden.

Der »schlappe Zivilist« Graf Wedel wurde Ende Januar 1914 als Statthalter abgesetzt. An seine Stelle trat der vormalige preußische Innenminister Hans von Dallwitz, ein stockkonservativer Mann, dem die Eigenart der Elsässer und Lothringer völlig fremd war. Deimling aber blieb »natürlich« Kommandierender General in Straßburg.

Die Zabern-Affäre verdeutlichte die wirklichen Machtverhältnisse im Kaiserreich. Die Militärs hatten vor der Welt demonstriert, daß Reichstag und Reichsregierung gegen sie in letzter Instanz ohnmächtig waren.

Folgerichtig sahen viele Militärs Zustände, wie sie 1913 in Zabern bestanden, generell als erstrebenswert an. So berichtet der bayerische Militärbevollmächtigte in Berlin, General Karl Ritter von Wenninger, in seinem Tagebuch: Er nahm am 31. Juli 1914 an einer Sitzung des Bundesrats teil. Dort teilte Vizekanzler Clemens Delbrück mit, daß soeben der »Zustand der drohenden Kriegsgefahr« proklamiert worden war. Als Wenninger gefragt wurde, was das denn für ein Zustand sei, sagte er: »es ist eben Zabern im ganzen Reich!« Der General notierte dazu in seinem Tagebuch: »Alles lacht und ist orientiert.«<sup>6</sup>

nach einem Artikel von Gerd Fesser  
<http://www.forumfilm.de/link.php?dir=fesser>

1 – Vgl. Raymond Bariéty.: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815 – 1975, München 1982, S. 150 ff. u. 197 ff.

2 – Volker Ullrich, Als der Thron ins Wanken kam. Das Ende des Hohenzollernreiches 1890 – 1918, Bremen 1993, S. 65.

3 – Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, XIII. Legislaturperiode, Bd. 291, S. 6175.

4 – Ebenda, S. 6196 f.

5 – Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, 2., verb. u. erg. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982, S. 595.

6 – Bernd F. Schulte, Deutsche Policy of Pretention. Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871 – 1914, Norderstedt 2009, S. 207.

Kleine Galerie:

## Von hier aus – Eberswalde in Bildern

**Eberswalde (prest-ew).** »Von hier aus«, also aus Eberswalde, zeigt sich die Kleine Galerie der Stadt mit ihrer finalen Ausstellung im Jahr 2013. Der Titel markiert die Perspektive, dieser Fotoschau. Zu sehen sind Fotografien und Kurzfilme, welche die Künstler Maria Vill und David Mannstein in Eberswalde mit Bürgern der Stadt aufgenommen haben.

»Wir sehen in dieser Ausstellung keine Fotografien von einem beliebigen Ort. Die Bilder dieser Ausstellung sind mitten in Stadt entstanden, mit Eberswaldern. Dabei wurden im Moment der Aufnahme wir Künstler zu Betrachtern, die Betrachter in der Galerie waren zuvor Akteure und Autoren des Gezeigten. Dieses Wechselspiel zwischen den Rollen eröffnet neue Perspektiven auf das Gewohnte, erweitert den Erfahrungshorizont, macht Freude«, kommentiert Fotokünstlerin Maria Vill ihre Arbeiten.

»Nicht das äußere Erscheinungsbild, nicht ihre Strukturen prägen das individuelle Gesicht einer Stadt. Es sind die Bewohner, ihre Ansichten, Interessen, Ideen, ihr Engagement, das, was sie tun und

das, was sie lassen. Es ist tatsächlich die Provinz, die – dank eines konkreten Netzwerks engagierter Menschen – ein Potential birgt, das der Großstadt fehlt«, bringt Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher die »Provinz« auf den Punkt – das diesjährige Thema der Kleinen Galerie in Eberswalde. Die Werkschau von Maria Vill und David Mannstein ist die fünfte dieser Reihe. Zu einem Werkstattgespräch mit den Künstlern können sich Interessierte am 17. Dezember, um 17 Uhr in der Kleinen Galerie einfinden.

Die Ausstellung »Von hier aus« ist noch bis zum 15. Januar 2014 zu sehen.

### 10. Kiez-Weihnachtsmarkt

Am 3. Advent (15. Dezember) um 14 Uhr eröffnen Bürgermeister Friedhelm Boginski und Ortsvorsteher Carsten Zinn in der Sporthalle in der Schorfheider Str. (REKI e.V., ehem. SV Medizin) gemeinsam den Jubiläumsweihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel. Zahlreiche Attraktionen erwarten die Gäste. Schlußpunkt bildet um 17.30 Uhr ein Lampionumzug.

## Barnimer Luftbildkalender



Wer tolle Blicke aus der Luft auf unsere schöne Heimat liebte konnte auf dem Mühlenweihnachtsmarkt am 8. Dezember die zwei neuen Luftbildkalender aus dem Hause Schlaak kennenlernen. Für alle, die diesen Termin verpaßten gibt es die Möglichkeit, die Kalender sind außerdem im Museum Eberswalde oder in der Kantine Schult auf dem Kranbaugelände (Eingang Heegermühler Straße) zum Preis von je 15 Euro zu erwerben. Selbstverständlich können die Kalender auch bei uns direkt (Tel. 033363-46123/Fax 46122 modul@gmx.net) bestellt werden.

MARINA & NORBERT SCHLAAK



## Weihnachtsbaumverkauf

**Eberswalde (prest-ew).** Traditionell lädt der Stadtförster am Sonntag, 15. Dezember, die Eberswalderinnen und Eberswalder zwischen 9 und 13 Uhr ein, ihre Weihnachtsbäume selbst zu schlagen. Er wartet auf Sie im Stadtwald, unter der Hochspannungstrasse nördlich vom Technologie- und Gewerbezentrum Eberswalde (TGE). Anfahrt: von der Britzer Straße kommend rechts von der Carl-von-Linde-Straße in den befestigten Waldweg abbiegen (vor dem Kreisverkehr Carl-von-Linde-Straße/Heinrich-Hertz-Straße) oder der Ausschilderung folgen. Stadtförster Mattes Krüger bittet, eigene Äxte oder Sägen mitzubringen. Nach getaner Arbeit können sich die Waldbesucher an einem Lagerfeuer mit warmen Speisen und Getränken stärken. Die Preise der Weihnachtsbäume richten sich nach ihrer Art und Größe. Überwiegend sind Fichten vorhanden, diese kosten bei einer Länge von bis zu zwei Metern zwölf Euro.

## Ein Gruß aus Bremen

Vor einem Jahr berichteten wir von einem Luftballon mit einer Grußkarte, den die kleine Heidi aus dem Kinderhaus Lesum in Bremen in den Himmel steigen ließ und der hier landete.

Jetzt erhielt die »Barnimer Bürgerpost« wieder Post aus Bremen. Diesmal Briefpost: »Was lange währt, wird endlich gut. Vielen Dank für Ihre Rückmeldung und die Zeitschriften vom letzten Jahr. Wir haben es mit großem Interesse gelesen!« Als Dankeschön schickte Kitaleiterin Christiane im Namen der Lesum-Kinder ein Handtuch mit dem Motiv der Bremer Stadtmusikanten.

BBP-Redaktion

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### 10. Weihnachtswanderung

**zu Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul**

26. Dezember, 2. Weihnachtsfeiertag

Die 10. Weihnachtswanderung führt uns durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena ist eine Rast angesagt mit Stolle, Kaffee und Glühwein. Danach der Rückweg zum Mon Choix.

Wanderleiter Wolfgang Bülow, Organisation Bernd Müller, ca. 2,5 Stunden. Anmeldung möglichst bis 24.12. Treff: 14 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

### 10. Silvesterwanderung

**auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs**

31. Dezember, Dienstag, Silvester

Die Wanderung führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs mit 158 m. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. Wanderleiter Corinna Gerber, ca. 2 Stunden.

Treff: 14 Uhr Forsthaus Bodenseichen an der B 158 bei 16259 Bad Freienwalde

## Neujahrspaddeln in Oderberg

1. Januar 2014, Mittwoch, Neujahr,

Gemeinsam in das neue Jahr starten. Dazu lädt die Sektion Kanu »Kanuverleih Oderberg« der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. unter Leitung von Karsten Förster am Neujahrstag ein. Geplant ist eine kleine Ausfahrt auf der alten Oder mit dem Kanu, Gemütlichkeit am Lagerfeuer mit Glühwein, Kaffee, Kuchen und Gegrilltem.

Treff: 14 Uhr Kanu Verleih neben dem Museumschiff »Riesa«, Herrmann-Seidel-Straße 62, 16248 Oderberg. Eintritt Frei.

## Winterwanderung

**zum Dorf der Steinschläger**

5. Januar 2014, Sonntag, 10 km

Hartmut Lindner vom Verein Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. lädt zu einer Wanderung durch den winterlichen Buchenwald von Chorin nach Senftenhütte ein.

Der Weg führt vom Historischen Bahnhof Chorin über die Kroneneiche in das ehemalige Glashütten- und Steinschlägerdorf Senftenhütte. Kaffee und Kuchen werden in der »Heimatstube« in der ehemaligen Schule (Gemeindehaus) angeboten. Rückkehr 16.30, so daß der Zug (RE-3 Richtung Berlin) um 16.48 noch erreicht werden kann.

Treff: 14.30 Uhr Vor dem Lindenblattbistro im Bahnhof Chorin-Kloster, Choriner Bahnhofstraße 2, 16230 Chorin-Zentrum

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com.

Wenn nicht anders angegeben werden folgende Gebühren erhoben: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

## Brandenburgische Rentnerinitiative

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, jeden zweiten Mittwoch im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 11. Dezember, von 10 bis 13 Uhr.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

**Frohe Weihnachten, einen erfolgreichen Abschluß des alten sowie einen guten Rutsch in das neue Jahr 2014 wünschen**

Vereinsvorstand und Redaktion der »Barnimer Bürgerpost«

## Rock me (ohne) Magdalena

Kartenvorverkauf gestartet

Es ist nicht mehr lange hin, bis sich das Haus Schwärzetal in DIE Konzert-Location des 1. Weihnachtsfeiertages verwandeln wird. Am 25. Dezember ab 18 Uhr (Einlaß ab 17 Uhr) wird so richtig gerockt.

Mit dabei sind die Bands »Black Aces« (Heavy Metal aus Eberswalde), »The Uprising« (Punkrock aus Berlin) und »Halbstark« (Rock'n'Roll und Rockabilly aus Berlin).

Ab sofort sind die Konzertkarten zum günstigen Preis von 8 Euro (inkl. Vorverkaufsgebühr)

in der Eberswalder Tourist-Information in der Adlerapotheke, bei Trauma Records in der Eisenbahnstraße 89 und in der Bar »Zur Haltestelle« in der Ruhlaer Straße 19 verfügbar. An der Abendkasse am 25.12. kostet der Eintritt dann 10 Euro.

TOBIAS EMMERICH,  
Rock Me Magdalena e.V.

Mehr Infos unter [www.rock-me-magdalena.de](http://www.rock-me-magdalena.de).



## Weihnachten nicht allein

Auch in diesem Jahr veranstaltet die Volkssolidarität Barnim wieder ein »Weihnachten für Einsame« in Eberswalde. Nach der Maxime »Weihnachten nicht allein« sind Alleinstehende am 24. Dezember herzlich in das Objekt der Volkssolidarität am Richterplatz, Mauerstr. 17 in Eberswalde eingeladen (Nähe Markt). Von 12 bis 16 Uhr können Sie dort Stunden der Nähe und Herzlichkeit erleben, umrahmt von Weihnachtsliedern und -geschichten, gemeinsamem Mittagessen und Kaffeetrinken. Es wird ein Hol- und Bringendienst organisiert. Wir freuen uns auf Sie!

Anmeldungen werden bis 17. Dezember erbeten unter: Tel. 03334/639880 oder 6398816

ANDREA HÖHNE

Anzeige

Wir bedanken uns bei unseren Kunden und Geschäftspartnern für die sehr angenehme Zusammenarbeit im Jahr 2013.

**Elektroinstallation**  
 • Kabel • Soft-Hell  
 • Gewerbe • Öl-Ölschicht  
 • Klein- und • Zuvorkommend

**Angela Matzkow**  
 Fachfrau in Sachen der Betriebswirtschaft

☎ 03334:2533-0  
 03334:253325  
 elektroinstallation-matzkow@alice.de



## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon/fax:** (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://.../bbp-blog/)

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Gramzow (2), Keil, Markmann (3), Mühle, prest-ew, Richter, Schlaak (2), Wörpel

**drucker:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 5. Dezember 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 9. Januar 2014.